Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

[Telephon Nr. 419.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45. **Freitag den 23. Februar 1900.** 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Es lebe der Staatsstreich!

A. K. Es ist in den letzten Jahren in gewissen Kreisen Mode geworden, mit dem gefährlichen Feuer des Staatsstreiches zu spielen. Der Widerwille gegen die unbequeme Thatsache, daß Deutschland nun einmal ein konstitutioneller Staat ist, daß es eine Verfassung giebt, die Jedermann, er möge sein, wer er wolle, und heißen, wie er wolle, zu respektiren hat, macht sich häufig Luft, meistens in frechen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht, das allen absolutistischen Gelüsten die Stange hält. Wir erinnern nur an die Gordische-Knoten-Rede des Herrn von Mirbach und ähnliche Ergüsse edler Junkerseelen. Kommt es zur Reichstagswahl, dann allerdings lieben sie Alle das verhaßte Recht und werfen ihm verliebte Kußhände zu, als wären sie Zirkusreiterinnen. Heute heizt man dem deutschen Volke mit der Flottenvorlage ein. Die Begeisterung der Prozentpatrioten und ihrer bezahlten und freiwilligen Lobredner ist zur Weißglühhitze gediehen. Da geht die Vernunft durch die Lappen, und im Rausche kommt die wahre Gesinnung splitterfasernackt zum Durchbruch. Man geniert sich überhaupt nicht mehr. Empfiehlt da das Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck ein Machwerk, das in seiner Art einzig dasteht. „Dem Kaiser", 6 Zeitgedichte von Theodor Rehtwisch, Preis 20 Pfg. (Verlag von Edmund Schmersahl Nachf. [Rich. Brunn], Lübeck). Im gegebenen Zeitpunkt, so schreibt das Blatt, hat Theodor Rehtwisch seine 6 Zeitgedichte erscheinen lassen. Die Flottenvorlage, die zur Zeit den Reichstag beschäftigt, hat unsern Landsmann zu diesen Sonetten begeistert, in denen er mit kräftigen, von Patriotismus durchglühten Worten für die Flottenvermehrung eintritt. Ein Theil des Reingewinns ist für den „Deutschen Flottenverein" bestimmt. Der niedrige Preis (20 Pf.) ermöglicht jedem deutschfühlenden Mann die Anschaffung." Wer Herr Th. Rehtwisch ist, wissen wir nicht; das neueste Adreßbuch verzeichnet einen Buchhändler dieses Namens. Die Reimereien irgend einer obskuren Person könnten uns an sich kalt lassen, aber der Umstand, daß sie ein Organ anpreist, das von allen Behörden zu Publikationen — trotz des Protestes der Bevölkerung — benutzt wird, läßt das Ding denn doch ernsthafteres Ansehen gewinnen. In den sechs Zeitgedichten empfiehlt nämlich der Verfasser für den Fall der Ablehnung der Flottenvorlage in dürren Worten den Umsturz von oben. Nach einer kritiklosen Verherrlichung der Hohenzollern heißt es in dem vierten Sonett:

Sie hielten stets die Hand am Schwerteknauf,
Die Hohenzollern, fest umspannt die Waffen,
Wo's galt, dem klaren Willen Bahn zu schaffen,
Da störte sie kein meinungsloser Hauf'!

Sie zingen unverdrossen dran und drauf;
Kein blödes Kritteln, thateuloses Gaffen
Vermochte ihren Willen zu erschlaffen,
Zu hindern den durch Pflicht gebot'nen Lauf.

Und Du, o Herr, ein Hohenzollernenkel,
Ruhmvoller Ahnen kräftig Ebenbild,
Sei auch wie sie zu handeln stets gewillt!
Laß Dich nicht hemmen durch Parteigeplänkel,
Ergreife fest die Reichswahlurn' am Henkel,
Zertrümm're sie, wenn's Deine Flotte gilt!

Diese vom Amtsblatte als Ausbruch glühender Vaterlandsliebe hingestellte Aufforderung zum Verfassungsbruch kommt gerade rechtzeitig. Sie läßt hinter die Coulissen der Flottenschwärmer blicken. Schon heute können wir dem Volke sagen, daß es nicht bloß ein Attentat auf den Geldbeutel der Massen ist, was die reaktionären Parteien planen, sondern auch ein **Attentat auf das Reichstagswahlrecht.**

Dem Staatsstreichdichter Rehtwisch und seinen adreßhäuslichen Reklameschreibern dürfen wir hierfür dankbar sein.

„Zertrümmerung der Reichstagswahlurne", ja, das glauben wir, daß den Herren Nationalliberalen danach der Mund wässert. Aber wir werden ihnen die Suppe versalzen; des können sie sicher sein: die Rothen sind auf dem Posten!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 21. Februar 1900.

Im Reichstag beschäftigte man sich in der heutigen Sitzung, als an einem „Schwerinstage", mit dem stets wiederkehrenden Antrage der Elsaß-Lothringer auf Aufhebung des Diktaturparaphen. Ungezählte Male hat der Reichstag den Antrag angenommea; aber immer hat die Regierung bezw. der Bundesrath den Reichstagsbeschluß in den Papierkorb geworfen. Auch heute erwiderte — noch dazu mit unverkennbarer Schärfe — der Reichskanzler auf die Begründungsrede des Abg. Winterer durchaus ablehnend, obwohl er sowohl das Vorhandensein guter Beziehungen zu Frankreich, als auch die „Loyalität" des bei Weitem größten Theiles der reichsländischen Bevölkerung konstatirte. Der Abgeordnete Gröber vom Zentrum hatte durchaus Recht, als er seine Verwunderung über die merkwürdige Logik des Kanzlers aussprach, der aus solchen Vordersätzen zu einem derartigen Schlusse kommt. Der freisinnige Abgeordnete für Straßburg, Riff, der übrigens in Loyalitätsphrasen förmlich schwelgte, der temperamentvolle, jugendliche Elsässer Hauß, Gröber, sogar der Reichsparteiler und Arzt Dr. Höffel: sie alle traten für den Antrag Winterer ein. Dagegen fand des alten Reichskanzlers auch nicht mehr ganz jugendlicher Sprößling Alexander, der als Freund seines „rothen" Mitprinzen Carolath von Zeit zu Zeit in Liberalismus zu machen geruht, den traurigen Muth, für die — natürlich nur einstweilige! — Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen einzutreten, dessen Aufhebung er in seinen Kandidatenreden ausdrücklich verlangt hatte. Gründliche Abfertigung für diesen seinen Gesinnungswechsel erhielt der Prinz-Bezirkspräsident, der im Nebenamte „Volks"vertreter ist, von dem elsässischen Abgeordneten Vondersheer und namentlich von unserem Fraktionsredner Singer, der außerdem auf die Internationalität gerade der Familie Hohenlohe hinwies. Die Vertheidigung, die der Prinz am Schlusse der Sitzung im Rahmen einer persönlichen Bemerkung versuchte, gerieth vorbei: daß er die Absicht gehabt, russischer Unterthan zu werden, um sich den Besitz der dortigen Hohenlohe'schen oder vielmehr Wittgensteinschen Güter zu sichern, stellte Prinz Alex gar nicht einmal in Abrede; den „Vorwurf" der „Internationalität" glaubte er durch Hinweis auf seinen echt deutschen — Namen widerlegen zu können. — Die Nationalliberalen, die früher gegen die Aufhebung des Diktaturparagraphen waren, haben sich jetzt eines Besseren besonnen: sie ließen durch den Mund des Abg. Büsing erklären, daß sie für den Antrag Winterer stimmen würden. Selbst Herr Dr. Arendt hat entdeckt, daß ihm im Busen ein warmes Herz für die elsaß-lothringischen Brüder schlägt; gleich seinem Parteigenossen Höffel trat er für den Antrag und für Aufhebung des Diktaturparagraphen ein, sah sich aber genöthigt, zu konstatiren, daß die große Mehrheit seiner Fraktion dagegen stimmen werde. Für die Freisinnigen sprach sich Rickert, für die Antisemiten sprach sich Werner im Sinne der Antragsteller aus Anders der Herr v. Levetzow, der Exreichstagspräsident und offizielle Sprecher der Konservativen. Natürlich ist er im Grunde seines Herzens auch für die Aufhebung; aber (das Wörtlein, das in den Reden des Herrn v. Levetzow eine große Rolle spielt, wurde ihm von der Linken zugerufen; sofort nahm er es unter schallender Heiterkeit des Hauses auf) der gegebene Augenblick erscheint ihm nicht „opportun." Mit gewaltiger Mehrheit — nur die Deutschkonservativen und ein Theil der Reichspartei stimmten dagegen — wurde der Antrag Winterer in erster und gleich darauf in zweiter Lesung angenommen. — Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht der Militäretat.

151. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Elsässer (Winterer und Gen.) betr. Aufhebung des Diktaturparagraphen.

Winterer (Els.): Zum ersten Male wurde vor 25 Jahren der Antrag auf Aufhebung des ältesten deutschen Ausnahmegesetzes, eben des Diktaturparagraphen, hier eingebracht. Damals war auch schon der Name „Diktaturparagraph" im Reichstage geläufig, den zum ersten Male der Abg. Windhorst im Jahre 1873 bei Gelegenheit der Ausweisung des Straßburger Generalvikars gebrauchte. Der Diktaturparagraph bedeutet einen fortdauernden Belagerungszustand. Man sagt uns nun, daß er selten in Anwendung kommt. Aber daß es überhaupt vorkommen kann, daß elsässische Staatsbürger ohne gerichtliches Verfahren ausgewiesen werden können, ist eine exorbitante Ausnahmebestimmung. Schon vor einem Vierteljahrhundert, als unser Antrag auf Aufhebung des Paragraphen zum ersten Mal berathen wurde, erklärte Herr von Puttkamer seine baldige Aufhebung für wünschenswerth. 25 Jahre sind seitdem verflossen; aber der Diktaturparagraph besteht munter fort. Dabei ist in Elsaß-Lothringen seit 25 Jahren keine einzige Ausschreitung vorgekommen, die nicht mit den gewöhnlichen Machtmitteln unterdrückt werden konnte Von den auswärtigen Agitationen an der Grenze, welche die Anhänger der Beibehaltung des Paragraphen vorschieben, haben wir nichts gemerkt; außerdem sollten doch, denke ich, unser drakonisches Preß- und Vereinsgesetz genügen, um solchen etwaigen Agitationen entgegenzutreten. Daß der Paragraph selten angewandt wird, ist doch nur ein Grund mehr, ihn aufzuheben, da seine bloße Existenz nicht etwa beruhigend, sondern deprimirend und aufregend wirkt. Ich bitte Sie daher, auch diesmal unserem Antrage zustimmen zu wollen, den schon mehrere Male die große Majorität dieses Hauses angenommen hat. (Beifall im Zentrum und links.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, die Erfüllung des von dem Herrn Vorredner geäußerten Wunsches in Aussicht stellen zu können. (Hört! hört! links.) Der sogenannte Diktaturparagraph ist erst neuerdings wieder an die Oberfläche getreten, nachdem lange Zeit sich Niemand um seine angeblichen Gefahren gekümmert hat. (Bewegung.) Zur Zeit meiner Statthalterschaft in den Reichslanden hat sich Niemand darum bekümmert und Herr v. Köller, damals elsaß-lothringischer Unterstaatssekretär hat selbst hier im Reichstage erklärt, 4 Jahre im Amte gewesen zu sein, ohne den Paragraphen gelesen zu haben. Erst in der neuesten Zeit hat man wieder begonnen, sich des Gegenstandes zu bemächtigen, und zwar zu agitatorischen Zwecken. (Widerspruch.) Im Wesentlichen ist der Paragraph nur eine Warnungstafel oder besser eine Fahne, die wir aufstecken gegenüber der französischen Gesinnung. Gewiß ist die Mehrzahl der reichsländischen Bevölkerung loyal und gut deutsch gesinnt; aber französische Sympathien sind — was ja aus der Geschichte begreiflich ist — noch vorhanden; namentlich stark sind sie unter dem katholischen Klerus, wie sich noch neuerdings bei dem Widerstande gegen die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg zeigte. In Rom billigt man den Plan; aber ein Theil des reichsländischen Klerus bekämpft ihn als zur Stärkung des Deutschthums führend. Elsaß-Lothringen ist ein Grenzland; unsere Nachbarn sind erregbar; alte Beziehungen spinnen sich über die Grenze. Wohl sind unsere Beziehungen zur französischen Regierung die denkbar besten (Hört! hört!), wohl ist uns die Stimmung in Frankreich augenblicklich freundlich. Aber niemand bürgt uns für ihre Dauer. Wir dürfen daher die Mittel nicht aus der Hand geben, deren wir bedürfen, um uns ein Land zu sichern, das wir mit Waffengewalt und nicht durch Volksabstimmung gewonnen haben und das zu behalten unser gutes Recht ist. (Bravo! rechts.)

Riff (FVg.): Die heutige Erklärung des Reichskanzlers ist weit schärfer und unfreundlicher ausgefallen, als die, die 1895 der Regierungsvertreter abgab. Nicht ein einziger Fall von Aufruhr und Landfriedensbruch ist seit 1880 im Reichslande vorgekommen. Die Regierung vermag nicht den Nachweis zu führen, daß die französischen Zeitungsartikel und Versammlungsreden, auf die sie immer hinweist, irgendwelchen Einfluß auf die elsaß-lothringische Bevölkerung ausüben, an deren gesundem Menschenverstande sie vielmehr wirkungslos abprallen. Entschieden muß ich mich dagegen wenden, daß einem Theil der Elsaß-Lothringer Loyalität und Patriotismus abgesprochen wird. Freilich ist für manche Leute die Regierungsfreundlichkeit der Gradmesser des Patriotismus. So dankbar wir dem Kaiser für das Wohlwollen sind, das er den Reichslanden entgegenbringt, so wollen wir doch nicht von dem Wohlwollen einer einzelnen noch so hochgestellten Persönlichkeit abhängen und verlangen gesetzliche Bestimmungen, die uns endlich von dem demüthigenden Bewußtsein befreien, Staatsbürger zweiter Klasse zu sein. Trotz der heutigen Haltung des Reichskanzlers gebe ich doch nicht die Hoffnung auf, daß der Bundesrath sich zur Aufhebung entschließt. (Beifall.)

Hauß (Els.): Gegenüber den Angriffen auf die Loyalität der elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten erwidere ich, daß wir auf dem Boden der Reichsverfassung stehen und daß somit der uns entgegengeschleuderte Vorwurf der Reichsfeindschaft unberechtigt ist. — In Elsaß-Lothringen herrscht die Ruhe des Kirchhofs Nicht mucksen, immer das Maul halten, ist dort die Parole. — Ausländische Blätter und ausländische Agitationen kann man auch ohne Diktaturparagraphen unterdrücken. Die Franzosenriecherei grenzt geradezu ans Krankhafte. Einem sozialdemokratischen Arbeiter wurde in Metz erklärt, man könne keine Sozialdemokraten in Lothringen gebrauchen; man habe an den Franzosen gerade genug. — Die Aufhebung des Diktaturparagraphen würde nur einigen Beamten unangenehm sein, die sich gar zu wohl in ihrer Diktatorenrolle fühlen. Mir ist es, um Ihnen ein Beispiel zu erzählen, vorgekommen, daß ein Polizeibeamter in einer Versamlung befahl, die Thüren und Fenster zu schließen, obwohl eine drückende Julihitze herrschte. Wir haben uns gefügt und haben unsere Röcke ausgezogen; das Schwitzbad, daß der Beamte in seiner wattirten Uniform durchzumachen hatte, soll ihn übrigens kurirt haben. (Heiterkeit.) Dem Dr. Rüdt wurde kurzweg verboten, über

Staatseinrichtungen zu sprechen. So etwas kann aber nur in dem Reichslande vorkommen. — Ich bitte Sie, Vertrauen zu der reichsländischen Bevölkerung zu haben und den Paragraphen aufzuheben, der nur Unruhe ins Land trägt und uns zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradirt. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (wild): Ich bin für allmähliche staatsrechtliche Gleichstellung der Elsaß-Lothringer mit den anderen Reichsangehörigen und auch für Aufhebung des Diktaturparagraphen, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Regierung ausreichende Waffen gegeben werden, um die reichsfeindliche Agitation zu bekämpfen. Blätter wie das „Journal de Colmar" und der „Elsässische Courier" bemühen sich, alles Französische zu preisen und alles Deutsche herabzusetzen. Und das alles, obgleich Elsaß-Lothringen eine so milde Regierung hat, wie seit Jahrhunderten nicht. (Gelächter bei den Elsässern.) Wenn die Aufhebung des Diktaturparagraphen zur Zeit nicht angängig ist, so hat sich der friedliebende Theil der Bevölkerung bei den Unruhestiftern zu bedanken.

Höffel (Rp.): Elsaß-Lothringen faßt die Beibehaltung des Diktaturparagraphen als ein Mißtrauensvotum auf und wünscht endlich der Bevormundung ledig zu werden, welche die politische und wirthschaftliche Entwicklung des Landes hemmt. Die Aufhebung des Diktaturparagraphen liegt im Interesse Elsaß-Lothringens wie des Reiches. (Beifall.)

Gröber (Z.): Meine Partei ist selbstredend für den Antrag. Vor 5 Jahren wollte der jetzige Herr Reichskanzler dem Diktaturparagraphen nur noch eine theoretische Bedeutung zubilligen. (Hört, hört! i. Zent.) Die Logik der heutigen Ausführungen des Reichskanzlers, der doch mit Nachdruck unsere guten Beziehungen zu Frankreich betonte und trotzdem die Nothwendigkeit der Ausnahmebestimmung beweisen will, ist mir nicht recht klar geworden, ebensowenig, wie der Zusammenhang der Straßburger Fakultätsfrage mit dem Diktaturparagraphen. Prinz Hohenlohe erklärte bezeichnender Weise, die Verhältnisse seines eigenen Wahlkreises bedingten nicht die Nothwendigkeit des Paragraphen; aber die Lage in anderen Landstrichen mache ihn zum dringenden Bedürfniß. (Heiterkeit.) Wenn der Herr Reichskanzler von der Benutzung des Paragraphen als Agitationsmittel sprach, so steht es ja bei ihm, durch Aufhebung desselben den Agitatoren dies Mittel aus der Hand zu winden. (Sehr richtig! im Zentr. u. links.) Man spricht jetzt soviel von der Weltpolitik. Mit einer Politik des Mißtrauens und der Krähwinkelei treibt man keine Weltmachtpolitik! (Lebh. Bravo! im Zentr.)

Singer (S.): Meine Freunde werden natürlich für den Antrag stimmen. Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers beweisen, daß die Regierung keine Gründe für die Nothwendigkeit der Beibehaltung des Diktaturparagraphen anführen kann. Es ist nicht der geringste praktische Nachweis dafür geliefert, daß in Elsaß-Lothringen Zustände herrschen, die den Paragraphen als nothwendig erscheinen lassen. Früher hat sich die Regierung um diesen Paragraphen nicht gekümmert. Der Reichskanzler sagte, Herr von Köller habe ihn überhaupt nicht gelesen. Damit hat er doch bewiesen, daß der Paragraph nicht nothwendig ist. Wenn sich solche Bestimmungen nicht aus den Verhältnissen des Landes ergeben, so haben sie nur die Bedeutung, die Bevölkerung unnöthig zu chikaniren. Der Herr Reichskanzler meinte, man verlange die Beseitigung des Paragraphen erst wieder in neuerer Zeit, um ein Agitationsmittel zur Erregung von Unzufriedenheit zu haben. Das Verlangen nach Aufhebung des Paragraphen ist so alt wie der Paragraph selbst. Vor zwei Jahren erklärte der Reichskanzler, daß die Regierung der Aufrechterhaltung des Paragraphen zur Zeit noch bedürfe, heute sagte er, er könne die Aufhebung des Paragraphen nicht in Aussicht stellen. Wenn Elsaß-Lothringen durch solche Gewaltmittel an das deutsche Reich gefesselt werden muß, wird man nie erwarten dürfen, daß die innere Anhänglichkeit zum Reiche irgendwelche Fortschritte macht. Das ganze geistige Leben muß unter dem Diktaturparagraphen leiden. Ich erinnere nur an die vielen Zeitungsverbote. Meine Partei hat ebenfalls unter diesen Zuständen leiden müssen. Der Herr Reichskanzler weiß ganz gewiß, welche Auffassung auch in Regierungskreisen, wenn auch nicht in deutschen, über den Belagerungszustand geherrscht haben. Wer ohne solche Bestimmungen nicht regieren kann, der kann überhaupt nicht regieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Diktaturparagraph ist entweder ein Zeichen der Schwäche der Regierung oder aber ein Zeichen der Gewaltpolitik, die eines Kulturstaates unwürdig ist. Wir im Reichstage dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, den der Herr Reichskanzler eingenommen hat. Die Meinung, daß die Zufriedenheit in Elsaß-Lothringen durch den Diktaturparagraphen gefördert werden könnte, wird dem Herrn Reichskanzler durch unsere Abstimmung hoffentlich gründlich genommen werden. Der Abg. Prinz Hohenlohe, der sich heute zu der Auffassung des Reichskanzlers bekannt hat, hat leider vergessen, uns die Gründe dafür bekannt zu geben. Er meinte, wenn die Regierung auf den Diktaturparagraphen verzichten sollte, müßten ihr andere Waffen gegeben werden, um Störungen im Innern zu vermeiden. Solcher Waffen bedarf es garnicht, die Regierung hat sie schon. Zu welchen Härten der Gebrauch einer derartigen Gewaltmaßregel führen kann, dafür sind Beispiele vorhanden. In Mülhausen wurde ein harmloser Mensch, der auf der Straße „vive la France"! gerufen hatte, ohne damit Jemanden zu stören, verhaftet und mit vier Monaten Gefängniß bestraft. Ebenfalls in Mülhausen wurden Flugblätter gegen die Umsturzvorlage, die ganz ordnungsgemäß hergestellt waren, konfiszirt usw. — Bei der Begründung der Umsturzvorlage hieß es: „Die vorgeschlagenen Maßregeln sind das Mindestmaß dessen, was die Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung braucht." Die Umsturzvorlage ist abgelehnt und die Regierung kommt auch ohne sie aus. Der Abg. Prinz Hohenlohe hat die Gesinnung der dortigen Presse als Grund für die Nothwendigkeit der Beibehaltung des Diktaturparagraphen genannt. Er hätte lieber die Ausdehnung des Reichspreßgesetzes auf Elsaß-Lothringen verlangen sollen. Die Reichslande haben noch immer unter dem altfranzösischen Gesetz zu leiden, das in Frankreich selbst nicht mehr gehandhabt wird, in Elsaß-Lothringen aber immer noch gilt. Eine Verurtheilung der antideutschen Stimmung bei einem Theile der elsässischen Presse ist übrigens gerade bei einem Gliede der Familie Hohenlohe verwunderlich. Ein Prinz Hohenlohe, wenn ich nicht irre, war es unser Abg. Prinz Hohenlohe, wollte sich ja in Rußland naturalisiren lassen. Da sollte der Abg. Prinz Hohenlohe die antideutsche Gesinnung einiger Blätter in Elsaß-Lothringen nicht als Grund für die Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen anführen. Lägen die Verhältnisse wirklich so gut, wie man uns glauben machen will, dann würden die berufenen Vertreter Elsaß-Lothringens nicht Jahr für Jahr mit demselben Antrage wieder kommen. Wir finden es beschämend, daß in einem Kulturstaat ein solcher Paragraph überhaupt vorhanden ist, und fordern seine Beseitigung. Sagt die Regierung nein, dann hat sie auch die Verantwortung zu tragen, wenn der Assimilirungsprozeß in den Reichslanden so gut wie keine Fortschritte macht. (Beifall bei den Soz.)

Büsing (NL.): Seit der Einführung der Diktatur sind beinahe 30 Jahre verflossen, und es läßt sich nicht leugnen, daß durch die Aufrechterhaltung die Bevölkerung in Unruhe erhalten wird. Wir halten den Augenblick für gekommen, wo die gewöhnlichen Machtmittel ausreichen, um in Elsaß-Lothringen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Im Interesse der friedlichen Entwickelung der Reichslande fordern wir die Aufhebung der Diktatur und werden daher für den Antrag stimmen.

Geh. Rath Hallein: Die heutige Erklärung des Abgeordneten Hasse, die Elsässer stünden auf dem Boden der Reichsverfassung, kommt etwas sehr spät. Sollte sie für die Zukunft praktische Erfolge zeitigen, so werden wir uns darüber sehr freuen. Auf die Beschwerden des Abg. Singer wegen der Behandlung der Presse in den Reichslanden möchte ich erwidern, daß auch wir die Uebertragung des Reichspreßrechts auf Elsaß-Lothringen wünschen; vorläufig würde aber eine solche den Assimilirungsprozeß verzögern. Doch sind schon heute in mehr als einer Beziehung die freieren deutschen Bestimmungen an die Stelle der engeren französischen getreten. Die Ungebundenheit der Sprache ist in Elsaß-Lothringen größer als anderswo. (Redner verliest einen Schimpfartikel eines elsässischen klerikalen Blattes gegen die Sozialdemokraten. Zuruf links: Aber deshalb brauchen wir doch keinen Diktaturparagraphen!) Die Inschriftenverordnung, das will ich dem Abgeordneten Singer zugeben, erfordert viel Takt seitens der unteren Behörden. Die oberen Behörden lassen es aber auch nicht an den nöthigen Anweisungen fehlen.

Dr. Arendt (RP.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Büsing an und erklärt sich für den Antrag Winterer, gegen den freilich die Mehrheit seiner Fraktion stimmen werde.

Werner (A.) ist für den Antrag Winterer, desgl. Abgeordneter Rickert (FVg.)

Bonderscheer (Els.): Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß der Prinz Alexander Hohenlohe sich vor seiner Wahl für die sofortige Aufhebung des Diktaturparagraphen ausgesprochen hat. (Hört, hört!) Ein großer Theil seiner Wähler wird nicht verstehen, daß er sich jetzt hier schärfer als der Regierungsvertreter für Beibehaltung des Paragraphen ausgesprochen hat. Wir haben mit Rührung und Genugthuung wahrgenommen, daß die Redner fast aller Parteien sich für die Gleichberechtigung der Elsaß-Lothringer ausgesprochen haben, dagegen mit Entrüstung, daß ein elsässischer Abgeordneter, der freilich nebenbei Bezirkspräsident ist, sich für Aufrechterhaltung des Diktaturparagraphen erklärt.

Vizepräsident von Frege: Anspielungen auf die außeramtliche Thätigkeit eines Abgeordneten sind hier nicht Sitte. (Heiterkeit.)

Preiß (Els.): Die Besserungen, die das neue Preßgesetz enthalten soll, können nur von Werth sein, wenn der Diktaturparagraph aufgehoben wäre. Jeder Elsässer wird dem Reichskanzler gegenüber der Aeußerung ins Gesicht lachen, Elsaß-Lothringen sei seit Jahrhunderten nicht so gut regiert worden wie jetzt. Der Reichskanzler sagte, die Ausführungen des Begründers des Antrages, der die einstimmigen Wünsche des Landes vorbrachte, seien ohne praktischen Werth. Die Regierung wird sich nicht wundern können, wenn die Verbitterung sich in den Herzen der elsässischen Bevölkerung immer tiefer eingräbt.

v. Levetzow (K.): Der Diktaturparagraph gefällt mir und meinen Freunden auch nicht; (Zuruf links: aber! —) aber (große Heiterkeit) nicht mir, sondern die verbündeten Regierungen können übersehen, ob der Zeitpunkt zu dieser Aufhebung jetzt schon gekommen ist. (Lachen links.)

Wetterle (Els.) bemerkt, daß Prinz Hohenlohe die bindende Erklärung abgegeben habe, gegen den Diktaturparagraphen einzutreten.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst, sein Name sei so urdeutsch, daß von Internationalität gar keine Rede sein könne. Daß er nicht unbedingt gegen den Diktaturparagraphen sei, habe er schon in seiner Wahlprogrammrede ausgesprochen.

Singer (SD.): Wenn der Herr Abgeordnete seinen Namen urdeutsch nennt, beweist das nur, daß in diesem Falle der Name nichts zur Sache thut. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Damit ist die erste Lesung erledigt.

Das Haus tritt in die zweite Lesung ein.

Singer zieht den sozialdemokratischen Antrag, der denselben Gegenstand behandelt, als erledigt zurück.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt.

Der Antrag Winterer wird gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theiles der Reichspartei angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Militäretat.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie sehr verschlechtert sich die Finanzlage des Reiches hat, ergiebt sich in vollem Umfange erst aus einer näheren Klarstellung der offiziösen „Berl. Pol. Nachr." zu den Mittheilungen des Reichsschatzamtes an die Budgetkommission. Danach schließt das laufende Etatsjahr 1899 rechnungsmäßig mit einem Anleihebedarf von **80 Millionen Mark** ab, während im Vorjahre 1898 der Anleihebedarf nur 13 Millionen Mark betrug. Dazu kommt, daß in dem Jahre 1899 zum ersten Male seit langer Zeit die **Matrikularbeiträge** die Ueberweisungen aus Reichssteuern an die Einzelstaaten, und zwar um den Betrag von 8 Millionen Mark, **übersteigen.** Und trotz der schlechten Finanzlage die neue Milliardenforderung zur Vermehrung der Schlachtflotte! Wo soll das hinführen?

Die Flottenschwärmer haben bekanntlich die Absicht, durch Geldsammlungen zur Verstärkung der Flotte beizutragen. Bis jetzt ist allerdings wenig genug dabei herausgekommen, weshalb mit zugkräftigeren Mitteln gearbeitet werden soll. Besonders erfinderische Köpfe wollen nun zu Gunsten der Flotte ein großes Kegelturnier in Berlin veranstalten. Dasselbe soll im Juli stattfinden und ca. 14 Tage dauern. Um eine recht gewaltige Masse von Theilnehmern heranzulocken, sollen die zur Vertheilung kommenden Preise außergewöhnliche sein. Als erster Preis figurirt, nach der „B. Z.", eine veritable Vororts-Villa und als dritter Preis ein Automobil. Einige Berliner Kapitalisten haben mit Rücksicht auf die gähnende Leere ihrer Frackknopflöcher stattliche Summen und werthvolle Preise für das große Flottenkegeln gezeichnet. — Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr.

Zur Flottenagitation. Von allen Seiten kommen Nachrichten über die massenhafte Vertheilung von Marine-Flugschriften. Man kann aber keinem vernünftigen Menschen zumuthen, das Zeug zu lesen. Wo kommt wohl das Geld her für diese Massen-Makulatur-Fabrikation? Auch an Flottenvorträgen ist natürlich kein Mangel. So ist neuerdings der Marinepfarrer Schneider aus Kiel beurlaubt worden, um im Auftrage des Flottenvereins als Wanderredner herumzureisen und für die Flottenvorlage mit Zuhülfenahme von Lichtbildern Stimmung zu machen. Und in dem Berliner Organ der Alldeutschen findet sich folgender inserirter Hülferuf: „Gebildete, patriotische und redegewandte Männer, die über ihre Zeit voll verfügen können und geneigt wären, aufklärende Vorträge für eine starke Flotte zu übernehmen, werden ersucht, unter Beifügung von Nachweisen ihre Adressen aufzugeben unter . . ." Nun kann es natürlich nicht mehr fehlen. Die Alldeutschen machen es da dem Bunde der Landwirthe nach, der seine Agitatoren ebenfalls durch Inserat sucht. Sie sind auch oft danach!

Unfallversicherungs-Kommission. In der Sitzung am Dienstag bemühten sich die Vertreter der Regierung sehr eifrig, einige kleine Liebesgaben an die Berufsgenossenschaft endlich zu beseitigen. Sie wollten nur die Auszahlungen der Berufsgenossenschaften an die Versicherten von der Kost unentgeltlich leisten lassen, nicht aber die andern Auszahlungen, wie z. B. die an Kassen, Gemeinden und Armenverbände. Ferner wollten sie die Postanstalten von der Verpflichtung befreien, die für die Auszahlung der Rente erforderlichen Summen auszulegen, die sie erst mehrere Wochen nach Ablauf des Rechnungsjahres von den Berufsgenossenschaften zurückerhalten. Die auf diese Weise den Berufsgenossenschaften vorgeschossene Summe belief sich im letzten Jahre auf 83 Millionen und muß im Laufe der Jahre noch bedeutend größer werden. Die Regierungsvertreter schilderten eingehend die argen Mißstände, zu denen das jetzige System geführt habe. Die Kassenverwaltung der Reichsbehörden sei so kompliziert geworden, daß Abhülfe geschaffen werden müsse, die Berufsgenossenschaften könnten jetzt den nöthigen Vorschuß sehr leicht leisten, da sie auf Grund einer bereits vorgenommenen Aenderung die Beiträge von den versicherten Betrieben ebenfalls pränumerando einzuziehen berechtigt seien. Abgesehen hiervon aber könnten sie die zur Auszahlung der Renten erforderlichen Vorschüssen den Reservefonds entnehmen, die bereits weit über die im Gesetz vorgesehene Höhe angewachsen seien. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß die den reichen Berufsgenossenschaften durch den Vorschuß der Post ersparten Zinsen im Betrage von mehreren Millionen durch indirekte Steuern, also zum größten Theil auf Kosten der armen Leute aufgebracht werden. Trotzdem wurden die Anträge der Regierung abgelehnt. Die bürgerlichen Abgeordneten dachten nicht daran, auch nur auf den kleinsten Theil dieser Liebesgaben zu verzichten. Hier genirten sie sich nicht. Sobald es sich aber um ihre Selbstverwaltung handelte, wurden sie überaus feinfühlig. So gegenüber dem Antrage der Regierung, daß das Reichsversicherungsamt Vorschriften über die Kasse und Rechnungsführung erlassen dürfe. Eine solche Vorschrift wurde von den Regierungsvertretern als dringend nothwendig erklärt, um arge Mißstände, namentlich in einzelnen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften, zu beseitigen. Das half aber alles nichts. Die „Vertreter der Berufsgenossenschaften", wie sich die Herren in ihrem Eifer selbst wiederholt nannten, erklärten sich entschieden gegen eine solche Bevormundung. So wurde auch dieser Regierungsantrag abgelehnt. Eine überaus bedenkliche Neuerung ist die, daß bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit von 20 oder weniger Prozent der Entschädigungsberechtigte auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abgefunden werden kann. Selbst der Staatssekretär des Innern gab zu, daß schwerwiegende Gründe gegen diesen Vorschlag sprechen, daß namentlich der Verunglückte die als Abfindung erhaltene Summe in kurzer Zeit unnütz ausgeben könne und dann der Armenpflege anheimfalle. Deshalb erklärten sich auch die Konservativen gegen die Abfindung. Für dieselbe traten die anderen bürgerlichen Parteien ein, weil durch die Abfindung der verunglückte Arbeiter ein größeres Kapital bekäme und sich damit eine Existenz schaffen könne. Die Sozialdemokraten antworteten, daß in der Regel die als Abfindung gezahlte Summe zum Betriebe eines Geschäfts zu klein und deshalb in kurzer Zeit verloren sein werde. Sie beantragten, daß die Kapitalabfindung nur bei einer ganz geringfügigen Rente, nämlich bei einer solchen bis zu zehn Prozent statthaft sei. Durch diese Bestimmung würde zugleich der vom Reichsversicherungsamt befolgten Praxis entgegen getreten sein, eine Erwerbsunfähigkeit bis zu zehn Prozent in gewissen Fällen als keine Erwerbsunfähigkeit hinzustellen und jede Rente dafür zu verweigern. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, vielmehr die Kapitalabfindung bis zu einer Rente von 15 Prozent zugelassen. Um dem Verunglückten eine Kapitalabfindung nicht aufzudrängen, wurde ein Zusatzantrag der Sozialdemokraten angenommen, nach dem die Abfindung nur mit Zustimmung des Verletzten erfolgen dürfe. Der so abgeänderte Paragraph wurde aber schließlich abgelehnt, da das Zentrum nur schwach vertreten war. Indessen wird die zweite Lesung sicherlich zur Annahme der Kapitalabfindung führen. Um den Berufsgenossenschaften und den Rentenempfängern eine Erleichterung zu verschaffen, wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der bei einer Rente unter 50 Mk. pro Jahr vierteljährliche Auszahlung vorschreibt. Ist der Entschädigungsberechtigte ein Ausländer, so soll er nach dem Regierungs-Entwurf, falls er seinen Wohnsitz im deutschen Reiche aufgiebt, mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden. Der sozialdemokratische Antrag, die Abfindung auf den fünffachen Betrag der Jahresrente zu erhöhen, wurde abgelehnt. In dem Paragraph, der sich auf die „Uebertragung der Ansprüche" bezieht, wurde, entgegen dem entschiedenen Widerspruche der Sozialdemokraten, die Rente als verpfändbar erklärt für ein von dem Unternehmer dem Verunglückten gegebenes Darlehen für geschuldete Beiträge, für zu Unrecht gezahlte Entschädigung u. dergl. mehr. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde Dienstag nach der Pause die Berathung des Militäretats fortgesetzt. Im außerordentlichen Etat werden zur Vervollständigung der wichtigeren Festungsanlagen 20 Millionen Mark gefordert. Der Referent Abg. Bachem schlägt vor, 5 Millionen für dies Jahr abzusetzen. Minister v. Goßler betonte mit Rücksicht auf die gewaltige wirthschaftliche Entwickelung der Festungsstädte die Nothwendigkeit, freie Bahn zu schaffen und die modernen Festungsbauten schnell zu fördern. Im nächsten Jahre hoffe er mit einer geringeren Summe auszukommen. Der ganzen Entwickelung des deutschen Volkes entsprechend müsse die Landesvertheidigung umgestaltet werden. Abg. Bebel sah keinen Grund zur Beschleunigung angesichts der gegenwärtigen europäischen Situation. Minister v. Goßler wiederholte, er habe nicht aus politischen, sondern aus wirthschaftlichen Gründen die Beschleunigung der Festungsbauten verlangt, im Interesse des Gedeihens der Städte. Die Forderung wird darauf mit großer Mehrheit bewilligt. Die anderen Positionen gaben keinen Anlaß mehr zur Debatte. Damit ist der gesammte Militäretat erledigt.

Auch eine Sozialpolitik! In dem Berliner Scharfmacherorgan für Großindustrie liest man — es ist rührend! —:

Nach den Feststellungen P. Schmidt's in dem soeben erschienenen neuesten Vierteljahrsheft des in Dresden redigirten „Arbeiterfreundes", Organ des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, haben im Jahre 1899 etwa 600 deutsche Aktiengesellschaften an freiwilligen Geschenken, Stiftungen und Vermächtnissen für die Wohlfahrt ihrer Angestellten und Arbeiter **19 844 729** Mark ausgegeben. Für dieselben Zwecke wurden, so weit es nach dem naturgemäß sehr lückenhaften Material ermittelt werden konnte, in derselben Zeit für die unteren Klassen von Privatpersonen 19 314 967 Mark gegeben. Das macht insgesammt **39 159 696** Mark für freiwillige

Unterstützung der Arbeiterwohlfahrt in einem Jahre in Deutschland: und doch handelt es sich, bei der erwähnten Lückenhaftigkeit des Materials, nur um einen Theil der freiwilligen Arbeiterfürsorge.

Hierin liegt wohl eine neue Mahnung für Bundesrath und Reichstag, auf dem Wege der „Sozialreform" mit größter Behutsamkeit weiter vorzuschreiten. In einem Lande, in welchem in einem Jahre freiwillig 40 Millionen Mark für Arbeiterwohlfahrt aufgewendet werden — und das ist, wie gesagt, nur ein Theil der wirklichen Aufwendung — kann das Bedürfniß der „Sozialreform" in der That nicht so groß sein, wie einzelne wohlmeinende Theoretiker und andere, auf den Stimmfang ausgehende Parlamentarier es darstellen.

Diese Ziffern haben an sich, bemerkt sehr richtig die „Volksztg.", gar keinen Werth. Sie müßten zusammengestellt werden mit der Gesammtsumme der Löhne, die von den betheiligten Arbeitern verdient worden sind, und der Gesammtsumme des Reinverdienstes, den das deutsche Unternehmerthum erzielt hat, zum Theil jedenfalls auf der Grundlage von Löhnen, die hinter den allerbescheidensten Ansprüchen zurückbleiben, und zum Theil auch unter einer auf die Spitze getriebenen Verwerthung der Arbeitskraft der Arbeiter. Die ungemein stolz klingende Summe von 40 Millionen Mark wird vor jeder Ueberschätzung ihrer Bedeutung sicher sein, wenn man auch nur 20 Millionen Seelen den Arbeiterkreisen und Arbeiterfamilien zuzählt, die bei der Vertheilung jener Summe in Frage kommen könnten. Dann käme auf den Kopf der Betrag von — zwei Mark. Eine Aktiengesellschaft, die 1000 Arbeiter beschäftigt, welche mit ihren Familienköpfen etwa 5000 Köpfe zählen sollen, würde darnach 2 × 5000 = 10 000 Mark für Wohlfahrtszwecke ausgegeben haben. Man berechne sich, wie viel ein Unternehmen, das 1000 Arbeiter beschäftigt, in einem guten Geschäftsjahre verdient! Dann wird man sehen, wie winzig dem gegenüber der Durchschnittsbetrag von 10 000 Mark ist. Keinesfalls ist er so groß, daß man auch nur mit einem Schein von Recht sagen könnte, er mache jede staatliche Sozialpolik überflüssig!

Das Fleischschaugesetz ist im vorigen Sommer in der Kommission des Reichstages nicht über die erste Lesung hinausgekommen wegen des Widerspruchs, den einmal die Bestimmungen über die Hausschlachtung und sodann die Bestimmungen über die ausländische Fleischeinfuhr gefunden haben. Endlich an diesem Dienstag hat die Kommission des Reichstags die zweite Lesung des Gesetzentwurfs begonnen, nachdem am Montag vorher zwischen Vertretern der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums eine Vorbesprechung stattgefunden hat. Das Resultat der Besprechung ist formulirt worden in einer Reihe von Abänderungsanträgen zu den Beschlüssen erster Lesung. Entsprechend einem Antrag des Grafen Klinckowström nahm die Kommission den § 2 in der Fassung an, daß bei Schlachtthieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, sofern sich keine Merkmale einer die Genußtauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung zeigen, die Untersuchung vor der Schlachtung und, sofern sich solche Merkmale auch bei der Schlachtung nicht ergeben, auch die Untersuchung nach der Schlachtung unterbleiben darf. Ferner strich die Kommission auf Antrag des Abg. Grafen Klinckowström den § 8 der Vorlage, welcher lautete: „Die Untersuchung nach der Schlachtung hat sich bei Schweinen, deren Fleisch nicht ausschließlich zur Verwendung im eigenen Haushalt bestimmt ist, auch auf Trichinen zu erstrecken." Ebenso wurde § 14 gestrichen über die Behandlung der Fleischeinfuhr aus dem Ausland. Die Kommission hat also ihren Widerspruch gegen den Gesetzentwurf wie in der ersten Lesung vollständig aufrecht erhalten.

Ueber den Erntesegen im Jahre 1899 liegt jetzt für Deutschland die amtliche abschließende Statistik vor, wobei der Ernteertrag vom Hektar verglichen wird mit dem Ertrag der sechs vorhergehenden Jahre 1893—1898. Daraus ergiebt sich, daß der Ernteertrag von 1899 in Weizen mit 1,93 Tonnen pro Hektar die Erträge aller sechs vorhergehenden Jahre übersteigt. Denn in diesen ergab der Hektar nur 1,67 bis 1,85 (1898) Tonnen. An Roggen ergab der Hektar 1,49 Tonnen. Der Höchstbetrag war 1898 mit 1,53, der niedrigste Ertrag 1897 mit 1,38 Tonnen. Außer 1898 war die Ernte nur 1893 mit 1,50 Tonnen noch etwas größer. Der Ertrag an Gerste mit 1,82 Tonnen übersteigt wieder den Ertrag aller sechs Vorjahre. Dasselbe ist der Fall mit 1,72 Tonnen beim Hafer. Die Kartoffelernte war mit 12,29 Tonnen günstiger als 1896 bis 1898. Nur 1895 hatte mit 12,39 und 1893 mit 13,41 Tonnen einen höheren Ertrag.

Kleine politische Nachrichten. Reichstagsabgeordneter Kruse (NL.) wurde Mittwoch Vormittag im Reichstagsgebäude vom Schlage gerührt. Er liegt bewußtlos in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes. Abgeordneter Dr. Hoeffel stellte eine durch Platzen eines Blutgefäßes verursachte Gehirnblutung fest. Der Zustand Kruses ist derartig, daß er noch nicht aus dem Reichstage forttransportirt werden konnte. — Zur Unfallversicherungsnovelle hat der Berliner Arbeitervertreter-Verein eine umfangreiche Petition eingereicht, in der, geschöpft aus der Praxis der Unfallversicherung, eine große Anzahl Abänderungsvorschläge im Interesse der Versicherten gemacht werden. — Aus Ostrowo (Posen) schreibt man: Die „Gazeta Ostrowska", die infolge der Verhaftung ihres Redakteurs und Herausgebers J. Leitgeber ihr Erscheinen eingestellt hatte, erscheint nun wieder. Beschlagnahmt bei Leitgeber wurden der gesammte Briefwechsel Leitgebers, sowie die noch vorhandenen Exemplare der Schrift „Rapperswyl, eine Reiseerinnerung", außerdem einige andere polnische Schriften. Die „Gazeta Ostrowska" theilt ferner mit, daß die Untersuchung gegen Leitgeber ihrem Ende entgegen gehe und der in Posen in Untersuchungshaft Befindliche bald aus der Haft entlassen würde. Nach der „Gazeta Ostrowska" soll nichts Belastendes gegen Leitgeber ermittelt worden sein. — In der Budgetkommission des Reichstags kam am Dienstag die Frage der Herabsetzung des Gewehrkalibers zur Sprache. Minister v. Goßler erklärte, daß er eine weitere Herabsetzung des Gewehrkalibers nicht für möglich halte. Im südafrikanischen Kriege habe man beobachtet, daß die Wunden, welche das sonst gute kleinkalibrige Burengewehr bei Fleischschüssen verursache, sehr leicht seien und meist in kurzer Zeit heilten. Gewehre zu kleinen Kalibers seien nicht im Stande, Menschen und Thiere dauernd außer Gefecht zu setzen. Das Burengewehr sei ein 7 Millimeter-Mausergewehr aus der Löweschen Fabrik und habe sich sonst gut bewährt, doch habe es entschieden ein zu kleines Kaliber. Auch im spanisch-amerikanischen Kriege waren die Wunden meist „harmlos" wegen des zu kleinen Kalibers der spanischen Gewehre. — Das Pariser Blatt „Eclair" ist in Elsaß-Lothringen verboten worden. Ein Vertreter dieses Blattes hatte bekanntlich vor kurzem die Unterredung mit dem Herzog-Regenten von Mecklenburg, welche zu einem Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Herzog-Regenten Anlaß gegeben hat. — Der französische Kultusminister Waldeck-Rousseau hat über acht weitere Pfarrer, welche ihrer Sympathie für die Assumptionisten Ausdruck gaben, die Strafe der Gehaltssperre verhängt. — Der italienische Kassationshof hat am Dienstag der Regierung einen Streich gespielt, indem er der beliebten Methode, parlamentarisch nicht beschlossene „Gesetze zu dekretiren", einen Riegel vorschob. Er fällte ein Urtheil dahin, das Dekretiren eines Gesetzes dürfe künftighin nicht mehr angewandt werden, da das Gesetz, nachdem es in der Kammer nur eingebracht sei, lediglich ein Gesetzentwurf sei. Natürlich paßt das den Reaktionären nicht und der „Popolo Romano" „stellt fest", daß obiges seitens der Ersten Kammer des Kassationshofes ergangene Urtheil in direktem Gegensatz stehe zu dem von der Zweiten Kammer desselben Gerichtshofes gefällten. — Der Kaiser von China empfing am Montag, dem chinesischen Neujahrsfeste, das diplomatische Korps. Er soll nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Peking sehr schlecht und angegriffen ausgesehen haben. Die Kaiserin war bei dem Empfang nicht zugegen.

Finland.

Die finnischen Stände richten wieder eine Petition an den Zaren, in der sie gegen die Spione und Agenten und gegen die Aufhebung des Vereinsrechts Einspruch erheben. Sie betonen, daß in Finland die Aufrechterhaltnng der Gesetze stets eine leichte Aufgabe gewesen sei, da die finnische Gesellschaft frei sei von allen Bewegungen, die rechtswidrige Ziele verfolgen. Sie bitten deshalb, der Zar möge die innere Verwaltung des Landes nicht in einer Weise führen lassen, die im Widerspruch stände mit den Landesgesetzen und den Grundsätzen, die bisher geltend gewesen. — Was nützen den muthigen Finnen die papiernen Proteste? Der russische Bär wird sich nicht daran kehren; seine Absicht geht dahin, Finland zu einer russischen Provinz zu machen, und er wird sein Ziel erreichen, weil er die Macht dazu hat.

Italien.

Um ein Justizverbrechen handelte es sich in einem Prozeß gegen sechs Sozialisten und Republikaner, der dieser Tage vor dem Mailänder Schwurgericht zur Verhandlung kam. Die Angeklagten waren nach der famosen Mailänder „Mai-Revolution" ins Ausland geflohen, weil sie erfahren hatten, daß sie verhaftet werden sollten, obwohl sie sich frei von Schuld fühlten. Sie wurden dann von den Kriegsgerichten im Kontumazverfahren zu Zuchthaus verurtheilt; die Strafen waren durchweg von unerhörter Härte — die geringste Strafe war 12 Jahre Zuchthaus. Nach der Amnestie stellten sich die Verurtheilten freiwillig, und der Prozeß mußte, nach italienischem Recht, von neuem stattfinden. Die Belastungszeugen waren ausschließlich Polizisten und Polizeispitzel. Die Angeklagten wiesen energisch die gegen sie erhobenen Beschuldigungen zurück und bewiesen, daß sie weder direkt noch indirekt an den Ruhestörungen theilgenommen haben. Als einziges Belastungsmaterial legten die Vertreter der heiligen Hermandad von den Angeklagten verfaßte Zeitungsartikel vor, die angeblich umstürzlerischer Natur sein sollten. Aber selbst der Staatsanwalt, der doch gewiß einen fein ausgebildeten Spürsinn hat, konnte in diesen Artikeln nichts Umstürzlerisches entdecken und ließ die Anklage, die auf thönernen Füßen ruhte, fallen, worauf die Geschworenen ein freisprechendes Verdikt fällten. Das schwere „Verbrechen", das das Kriegsgericht mit zwölf Jahren Zuchthaus ahnden zu müssen glaubte, ist also in den Augen des bürgerlichen Gerichts überhaupt kein Verbrechen! Die Wege der Justiz sind oft wunderbar.

England.

Chamberlain und das Unterhaus. Am Dienstag kam im englischen Unterhause, nach Erledigung einiger weniger wichtigen Anfragen, der Jameson-Einfall in Transvaal nochmals zur Sprache. Thomas (liberal) beantragte eine Resolution, welche eine vollständige Untersuchung des Ursprungs und der näheren Umstände der Verschwörung gegen die Regierung Transvaals und des Einbruches in Transvaal mit bewaffneter Hand im Jahre 1895 für zweckmäßig erklärt. Redner legte dar, daß ihn keine persönliche Feindseligkeit gegen Chamberlain leite, aber durch die schwache und zu keinem Abschluß gelangte Untersuchung sei das Gefühl der Unzufriedenheit erregt worden. Das Land sei von dem Bericht des Südafrika-Ausschusses enttäuscht. Die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit habe sich zur höchsten Entrüstung verschärft, als später jene Enthüllungen in einer festländischen Zeitung erschienen, welche die Unparteilichkeit des Ausschusses und dadurch die Ehre des Unterhauses und des Landes anfochten. (Beifall bei der Opposition.) „Indem ich diese Resolution beantrage," schließt Redner, „stelle ich mich einzig und allein auf den Boden, daß es sich bei jenen Enthüllungen um Ehre und Ruf des Hauses und des Landes handelt. Es ist daher in dem Interesse der Nation, des Hauses und Chamberlains selbst eine volle, gründliche Untersuchung durch ein unparteiisches unabhängiges Tribunal geboten, um für immer dem Argwohn, den Verdächtigungen und den Behauptungen, die gegen Chamberlain und sein Departement erhoben werden, ein Ende zu machen." (Beif.) Nachdem sich Gavans (Ire) in demselben Sinne geäußert hatte, unterstützte auch Samuel Evans (liberal) den Antrag Thomas. Die letzte Untersuchung sei unvollständig und unbefriedigend gewesen. Es sei jetzt die Frage, ob die Urheber des Jameson-Zuges genügend Macht und Einfluß hätten, um die Majorität des Hauses zu hindern, eine neue Untersuchung eröffnen zu lassen. Chamberlain unterbricht den Redner: Ich verstehe nicht, was Evans mit seinen letzten Worten meint. Evans fährt fort, er glaube, mit Ausnahme Chamberlains werde wohl jeder sonst im Hause Anwesende ihn verstanden haben. (Beifall bei den Radikalen.) Es bestehe die Annahme, daß es Einflüsse gebe, welche geltend gemacht werden könnten, um zu verhindern, daß die Regierung der Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses zustimme. (Rufe bei den Ministeriellen: Was für Einflüsse?) Die Untersuchungen des Ausschusses von 1897 seien nicht erschöpfend gewesen. Wenn eine weitere Untersuchung stattgefunden hätte, würde der Ausschuß vielleicht zu einem anderen Schlusse gekommen sein. Chamberlains Ruf sei angetastet, es sei somit seine Pflicht gewesen, dem Ausschusse alles ihm im Kolonialamte zur Verfügung stehende Material vorzulegen. Chamberlains Verhalten habe schweren Verdacht erregt. Er habe seine weitere Korrespondenz mit Mr. Hawksley nicht vorgelegt. Chamberlain habe sich, indem er die Vorlegung der Telegramme unterließ, schweren Ungehorsams schuldig gemacht, und hätte vor das Haus als Gerichtshof gestellt und **im Glockenthurm eingekerkert** werden müssen. Die Unterdrückung dieser Telegramme, die zweifellos kompromittirend gewesen seien, involvire die Mitschuld des Kolonialamts. Das Vaterland und das Publikum verlangten eine neue Untersuchung. Chamberlain müßte auch über seine nach Schluß der Untersuchung gehaltene ungewöhnliche Rede Auskunft geben, in der er erklärte, Rhodes habe nichts gethan, was persönlich unehrenhaft wäre. Das Verhalten der Untersuchungskommission und das daran anschließende Verhalten der Regierung machten eine neue Untersuchung nöthig.

Unter dem betäubenden Beifall der Ministeriellen hielt Chamberlain in leidenschaftlicher Erregung nunmehr seine Erwiderungsrede. Er wies darin die Anklagen zurück und sagte, seit der letzten Untersuchung seien keine neuen Thatsachen vorgebracht. Das Ziel der Bewegung und der Intriguen sei ein politisches; er solle nämlich verhindert werden, an der Regelung der Transvaalfrage theilzunehmen. Eine neue Untersuchung lehne er rundweg ab. — Diese Ablehnung beweist am besten, ein wie schlechtes Gewissen Chamberlain hat. Er trotzt deshalb mit dem Muthe der Verzweiflung.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze fehlt es wieder einmal an amtlichen Nachrichten, die wenigstens einige Gewähr für Richtigkeit bieten. Meist sind es unbeglaubigte Gerüchte. Das meiste Interesse konzentrirt sich noch immer auf den westlichen Kriegsschauplatz um Kimberley. Wo Cronje mit seinem großen Heere abgeblieben ist, weiß man auch heute noch nicht bestimmt. Londoner Militärkreise halten jedoch den Plan Lord Roberts', die Armee Cronjes zu erdrücken und seinen Marsch gegen Bloemfontein vorläufig für vereitelt. Man „glaubt", daß man erst von einem absehbaren Ende des Krieges sprechen könne, wenn es gelinge, General Cronje vor der Konzentration zu schlagen. Gelingt dies nicht, so steht General Roberts einer feindlichen Armee gegenüber, die ebenso stark ist, wie die seinige, und die außerdem noch den Vortheil genießt, mit der Oertlichkeit vollständig vertraut zu sein. Die nächsten Schlachten dürften über das Schicksal des Feldzuges entscheiden, und die scheinen für die Engländer nicht so gut auszufallen. Bereits wird aus Jacobsdal unter dem 21. Februar gemeldet: Die verbündeten Buren, offenbar bedeutend verstärkt, schlagen alle Angriffe der Engländer ab, trotzdem Lord Roberts seine sämmtlichen Truppen ins Feuer gebracht hat und seit drei Tagen ihre Stellungen unter äußersten Anstrengungen zu nehmen sucht. Bei dem Sturme der Hochländer am Dienstag wurden die (englichen) Generale Macdonald und Knox schwer verwundet. Die englischen Verluste sind bisher schwer, besonders an Offizieren; die Mannschaften sind völlig erschöpft.

Dieses letzte Gefecht scheint bei Paardeberg und Kodoesrand stattgefunden zu haben, wenigstens ist die Depesche Lord Roberts über die Verwundung der beiden Generäle von dort datirt. Auch Präsident Steijn meldet, er habe Dienstag in der Nähe von Koodoesrand mit den englischen Truppen, die das Lager Cronje's zu umzingeln versuchten, ein Gefecht gehabt, in dem die Engländer zurückgeschlagen worden seien. Auf englischer Seite betrugen, nach einem Berichte des General Dewes, die Verluste mehrere Todte und Verwundete sowie 40 Gefangene; die Buren hatten 2 Todte und 4 Verwundete. Die Engländer beziffern ihre Verluste auf 9 Offiziere getödtet und 39 verwundet, einer wird vermißt; doch wird ausdrücklich zugegeben, daß die Verlustliste noch unvollständig ist. Wenn man bedenkt, daß allein 49 Offiziere getödtet bezw. verwundet worden sind, so scheint das Gefecht sehr blutig gewesen zu sein.

Selbstverständlich sind die Ereignisse im Westen nicht ohne Eindruck auf die Lage in Natal geblieben. Die Engländer fühlen sich wieder und wagten deshalb einen neuen Vorstoß. General Buller meldet aus Chieveley von Mittwoch: Die fünfte Division überschritt heute auf einer Pontonbrücke den Tugela und trieb den Feind zurück. Die Marinegeschütze brachten die feindlichen Geschütze zum Schweigen.

Aus dem Hauptlager der Buren vor Ladysmith wird noch vom 19. Februar gemeldet: Gestern fanden am Boschkop bei Colenso heftige Kämpfe statt. Die Buren hatten einige Verwundete; die Verluste der Engländer sind beträchtlich. Man glaubt, die Garnison in Ladysmith habe keine Munition mehr.

Von der Transvaalgesandtschaft in Brüssel wird mitgetheilt: Die Burenkreise bezeichnen in Folge der veränderten Kriegslage alle bisherigen Positionen in Natal als unhaltbar, weshalb Joubert alle Streitkräfte rückwärts concentriren läßt und Natal räumen wird. Die Belagerung von Ladysmith wird aufgehoben, um die Streitkräfte zur Vertheidigung der Transvaal-Grenze zur Verfügung zu haben. Man glaubt, daß Buller noch in dieser Woche in Ladysmith einzieht.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 22. Februar.

Achtung, Schneider! Durch Inserat im „Gen.-Anz." sucht die Firma Obenhaus u. Scheidling in Ratzeburg einen Rockschneider. Unseres Wissens sind die Differenzen mit genannter Firma noch nicht beigelegt.

Der Reichsverein reformirt nach der „E.-Z." seine Organisation von Grund auf. Er hat sogar schon — unter Ausschluß der gefährlichen Oeffentlichkeit natürlich — Bezirksversammlungen abgehalten und Vertrauensleute gewonnen. Süh mal süh!

Die bedingte Begnadigung ist in Lübeck, wie Staatsanwalt Dr. Lienau im Verein für entlassene Gefangene und sittlich Verwahrloste berichtete, bisher in 65 Fällen zur Anwendung gekommen. In 6 Fällen ist nach abgelaufener Frist Straferlaß eingetreten, in vier Fällen hat wegen erfolgten Rückfalls die Strafe vollstreckt werden müssen. Als erfreulich darf es bezeichnet werden, daß Herr Dr. Lienau erklärt hat, er stehe dem bedingten Strafvollzug sympathisch gegenüber. Hoffentlich wird in Zukunft möglichst weitgehender Gebrauch von dieser Einrichtung gemacht.

Eine arge Unsitte im Wirthsgewerbe wurde in der letzten Versammlung des hiesigen Wirthevereins, zu der man auch Vertreter der bürgerlichen Presse, nicht der Presse, wie die „E.-Z." schreibt, eingeladen hatte, scharf gerügt. Ein Redner tadelte, wie wir dem genannten Blatte entnehmen, die Jagd der Wirthe nach Vereinen. Es gebe Wirthe, die, um ein Vereinsfest zu bekommen, dem Vorstande ein Frühstück und dem Vereine 30 Mk. baar gäben. Ihm ward erwidert, dazu würden die Wirthe getrieben durch die von den Brauereien geschürte Neigung, einen großen Bierumsatz zu erzielen. In der That treffen diese Ausführungen zu. Man hat oft Gelegenheit, zu beobachten, wie Wirthe, um Kundschaft an sich zu ziehen, Ausgaben machen, die unbedingt weit über ihre Kräfte gehen. Wir erinnern dabei nur an die stark eingerissene Mode, daß auf Festen Wirthe ganze Kolonnen freihalten, wobei oft Einer den Andern zu übertrumpfen sucht. Mancher Wirth läßt da Thaler springen, die er so nothwendig selbst gebrauchte, aus Furcht, er könne für einen Knicker gehalten werden. Hier bedürfte es nur des einmüthigen Willens der Wirthe, dann wäre der Unfug aus der Welt. Leider wird aber wohl die Gewinnsucht Einzelner noch lange hindernd wirken. Soviel ist aber sicher: das große Publikum wird es kaum beachten und viele Leute werden es als eine Wohlthat empfinden, wenn die Wirthe im eigenen Interesse in dieser Sache eine andere Taktik einschlagen.

Das hundertjährige Bestehen der v. Großheim'schen Realschule soll im April d. J. glänzend gefeiert werden, u. A. auch durch einen Fackelzug.

Arbeiterrisiko. Auf der Koch'schen Schiffswerft fiel ein Schmied durch ein sog. Mannloch in den Schiffsraum und zog sich hierbei eine Ausrenkung der rechten großen Zehe zu.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Herr Werner Alberti verabschiedet sich von dem hiesigen Publikum leider bereits am morgigen Freitag. An diesem Abend singt der Gast den Manrico in Verdi's unsterblicher Oper „Der Troubadour." Als Luna im „Troubadour" gastirt am Freitag noch Herr Kruse, welcher bereits im vorigen Jahre mit gutem Erfolge hier auftrat. — Die letzte Aufführung von „Frau Venus" war erfreulicherweise so gut besucht (das Theater war fast ausverkauft), daß das schöne Ausstattungsstück noch einmal am Sonnabend Abend gegeben wird und als Vorstellung für Kinder am Sonntag Nachmittag.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche sind 16 Dampfer ein- und ausgelaufen.

pb. **Ohne Hülfe der Feuerwehr** konnte ein kleines Feuer gelöscht werden, daß gestern Vormittag, vermuthlich durch einen Petroleumkocher, in der Wohnung des Gärtners Elsner, Cronsforder Allee Nr. 40, entstanden war.

pb. **In Haft** geriethen sieben Bettler und fünf Trunkene.

Eutin. Mit der Lohnfrage wird sich in ihrer am Sonntag bei Struck stattfindenden Versammlung die Innung „Bauhütte" beschäftigen. — Die freiwilligen Feuerwehren Pflegestätten byzantinischen Patriotismus — diese Thatsache wurde bereits auf der letzten Parteikonferenz für das Fürstenthum von mehreren Genossen konstatirt. Den eklatantesten Beweis liefert dafür die am vorigen Sonntag im „Voßhaus" hierselbst abgehaltene Versammlung der Vorstände der freiwilligen Feuerwehren des Fürstenthums. Dort hielt der Vorsitzende eine von ordnungsparteilicher Hurrahbegeisterung triefende Eröffnungsrede, die mit dem üblichen Hoch endete. Unter solchen Umständen ist es politisch selbstständig denkenden Arbeitern nicht zu verargen, wenn sie den Wehren schließlich den Rücken kehren.

Hamburg. Ein Opfer der Sozialpolitik. Vor einiger Zeit regte sich die bürgerliche Presse entsetzlich auf über einige Illustrationen des „Wahren Jakob", welche zeigten, wie es Christus ergehen würde, wandelte er heute auf deutscher Erde. Diese Aufregung erscheint in hübscher Beleuchtung durch folgende Meldung: „Dem Pastor Hillmann an der reformirten Kirche ist, nach dem „Reichsboten", von dem Presbyterium der Kirche seine Stellung gekündigt worden. Anlaß dazu soll der Umstand gegeben haben, daß er am Neujahrstage und noch an einem anderen Sonntage soziale Fragen in seiner Predigt berührt hat. — Der Tollkühne hat vielleicht das Wort erläutert: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Oder hat er von der Schwierigkeit für Reiche, in's Himmelreich zu kommen, gesprochen?

Rostock. Für die „Mecklenb. Volksztg." ist das Grundstück Doberanerstraße Nr. 6 angekauft worden.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 21. Februar

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 620 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 43—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Am Dienstag Abend 6 Uhr endete ein sanfter Tod nach jahrelangem schweren Leiden das arbeitsreiche Leben meines lieben Mannes und meiner Kinder treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater

Friedrich Hübner

im Alter von 78 Jahren.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen.

J. Hübner Wwe., geb. Wichmann.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 24. Februar, Morgens 10 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Gottesackers aus statt.

Beginn der Trauerfeier 9¾ Uhr

Allen Denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Hauptpastor Petersen für seine trostreichen Worte am Sarge und seinen Mitarbeitern des Hobelwerkes A. Grube sagen hiermit unsern tiefgefühlten Dank.

Doris Pärsson Wwe.,
Kinder und Angehörige.

Danksagung.

Hiermit sagen wir allen Verwandten und Bekannten für die innige Theilnahme beim Verluste unserer lieben Tochter Alma, sowie für die vielen Kranzspenden, insbesondere aber Herrn Pastor Evers für seine trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen unsern tiefgefühlten Dank.

J. Hildebrandt und Frau.

Karl Hinrichs, Tischler, Gr. Bauhof 10, die besten Glückwünsche zum Geburtstage am 22. Februar sendet Dir **P. H.**

Unserm Freund **Karl Kegebein** zu seinem 21. Wiegenfeste die besten Glückwünsche. N. P.

Logis part. nach der Straße Altstraße 39.

1–2 junge Leute können gutes Logis erhalten Johannisstraße 43, 1. Et., i. H.

---

3 Damen- und 1 Herren-Maskenanzug billig zu vermiethen Dankwartsgrube 37.

---

1 Damen-Maskenanzug (Märzveilchen) zu vermiethen. Zu besehen Mittags von 12—1 u. Nachm. von 5 Uhr an Düstere Querstr. 1.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung zum Preise von 140—160 Mk.

Offerten unter **K 105** an die Exped. d. Bl.

Tüchtige Fahrradschlosser sucht **O. Störzner,** Johannisstraße 33.

Gesucht zum 1. Mai **ein ordentliches Mädchen** zu allen häuslichen Arbeiten.

E. Möhler, Fackenburger Allee 76.

Grundstück, Nähe der Arnimstraße, passend für Arbeiter, zu verkaufen.

August Dose, Schulstraße 4 a, 1. Et.

Eine gut nähende Schuhmachermaschine mit kleinem Kopf unter Garantie billig zu verkaufen Hüxstraße 50.

Ein Sitz- und Liegewagen für 8 Mk zu verkaufen Wakenitzmauer 150.

Starkes Fahrrad zu verkaufen Wickedestraße 62, 1. Et.

Gr. Burgstr. 42.

Ripsfopha 36 Mk.
Bettstelle 45 Mk.
Sophatisch 18 Mk.
Spiegelspiegel 12 Mk.

Plüschgarnitur von 100 Mk. an.
Küchenschrank 24 Mk.
Kleiderschrank 22 Mk.
Bettstelle 12 Mk.
Kommode 16,50 Mk.

Als schöne Zimmerzierde

ist den Parteigenossen zu empfehlen:

Brustbild von Ferd. Lassalle.
Natürliche Größe, Oeldruck. Preis 1 Mk.

Brustbild von Karl Marx.
Natürliche Größe, Oeldruck. Preis 1 Mk.

Expedition des Lübecker Volksboten.
Johannisstraße 50.

Frische hiesige Land-Eier

7 Stück 60 Pfg.

bei Abnahme von größeren Quantitäten billiger.

Hans Wegener
obere Wahmstraße 10.

Dicken fetten Speck Pfd. 55 Pfg.
Mageren Speck Pfd. 60 Pfg.
Hiesigen Speck Pfd. 70 Pfg.
Geräucherte Carbonade Pfd. 68 Pfg.
„ Vorderschinken Pfd. 60 Pfg.
„ hiesige Backen Pfd. 50 Pfg.
„ Schweinsköpfe Pfd. 40 Pfg.
Prima Cervelatwurst Pfd. 120 Pfg.
Prima Landwurst Pfd. 110 Pfg.
Prima grobe Mettwurst Pfd. 80, 90, 100 Pf.
Edamer, Holländer, Tilsiter Käse.

Hans Wegener
obere Wahmstraße 10.

Schweinefleisch 55 Pfg., Carbonade 70 Pfg. fetter Speck 60 Pfg., magerer Speck 70 Pfg., ger. Nacken 70 Pfg., Cassler Rippespeer 75 Pfg., ger. Schweinefleisch 65 Pfg., Rothwurst 50 Pfg., Preßwurst 50 Pfg., ger. Mettwurst 90 Pfg., gek. Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg., Schwarzsauer 10 Pfg., Bratenschmalz 40 Pfg., Flomenschmalz 60 Pfg., sowie sämmtliche anderen Fleisch- und Wurstwaaren empfiehlt **M. Labrtz, Böttcherstraße.**

Kartoffel-Lager

19 Friedenstraße 19.

Beste Französische 5.50 und 6.20 Mk.,
Magnum bonum 5.20 Mk.,
faßweise 40, 45, 50 Pfg

Harzer Kanarienvögel

Nachtigallschläger, Roller, Klinger und Knorrer, sind zu verkaufen im Gasthaus „Zum Holsteinisch. Hause", Marlesgrube.

Vogelhändler **Breitenstein** aus dem Harz.

Gefunden Geld bei der Actienfabrik.

Abzuholen bei

Heinrich Meier jun., Fackenburg.

Sie kaufen

Damen-Hemden	von Mk.	0.80	an.
Damen-Beinkleider	„ „	0.80	„
Kinder-Parchendbeinkleider	„ „	0.30	„
Corsetts	„ „	0.80	„
Kajen	„ „	1,15	„
Blaue Jacken	„ „	1.40	„
Herren-Arbeits-Jacketts	„ „	0.75	„
Herren-Hosen	„ „	0.90	„

bei

Carl Herm. Mich. Stave
Weiter Krambuden 4,
zwischen Markt und Marienkirche.

Vollstdg. Ausrüstungen

für junge Leute, die sich dem

Seemannsberufe

widmen wollen, empfiehlt

H. Prenzlau
Untertrave 66/67.

Halt! Halt!

Herren-Sohlen 1.50 Mk.
Damen- „ 1.00 „
Kinder- „ von 70 Pf. an.
Herren-Absätze 50 Pfg.
Damen- „ 40 „

Sonst Kupferschmiedestrasse,
jetzt Fischergrube 21.

Halt! Halt!

Prima Landschinken

— im Ausschnitt —

empfiehlt

Th. Storm, Königstraße 98.
Telephon 473.

Frau Lotzow, Hebamme,
Meierstraße 43.

G. G. B.

Freitag Abend 8½ Uhr.

Achtung!

Lastadiearbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 23. Februar
Abends 8½ Uhr.
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.
2. Berathung der zur Generalversammlung gestellten Anträge.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Seefahrer-Krankenkasse

Ordentliche

General-Versammlung

am Sonntag den 25. Februar
Nachmittags 3½ Uhr
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung. 2 Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

NB. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich, da wichtige Beschlüsse der Kranken- und Sterbe-Kasse gefaßt werden müssen.

Wir machen hiermit auf den § 2 und § 26, Absatz 4 besonders aufmerksam.

Der Vorstand.

Einladung zum

Fastnachtsball

der Schiffbauer-Krankenkasse
am Fastnachtsmontag, 26. Febr.
in den „Central-Hallen".

Anfang 8 Uhr Abends. Ende 4 Uhr Morgens.

Entree 1 Mark.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Freitag, Gastspielpreise.
Letztes Gastspiel W. Alberti.

Der Troubadour.

Dienstag den 27. Februar:
Einmaliges Gastspiel des Ibsen-Ensemble.

„Wenn wir Todten erwachen".

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kolb.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 45. Freitag, den 23. Februar 1900. 7. Jahrgang.

August Bebel.

Zu seinem sechszigsten Geburtstage.

In dem sonst so stillen, kleinen aber behaglichen Heim in der Habsburgerstraße in Berlin wird es am heutigen Donnerstag — so schreibt H. Guttmann in der demokratischen Berliner „Volkszeitung" — lebhaft hergehen. Gratulanten werden kommen und gehen und die Briefträger und Telegraphenboten werden ein ansehnlich Stück Arbeit zu bewältigen haben. Und Nachmittags im Reichstag wird das Gratuliren von Neuem anheben und nicht nur die eigenen Parteigenossen, auch viele Mitglieder der übrigen Parteien werden sich an den Sympathiekundgebungen betheiligen.

August Bebel ist am 22. Februar 1840 geboren, feiert also am Donnerstag seinen sechszigsten Geburtstag. Mit dem sechszigsten Jahre soll das Greisenalter beginnen. Das ist nun zwar bei Bebel ganz und garnicht der Fall — ungewöhnliche Menschen schlagen eben der Natur nach dieser Richtung hin oft ein Schnippchen — immerhin bedeuten sechszig Jahre und wie in unserem Falle fast sechzig Jahre Kampf und Arbeit einen gewaltigen Lebensabschnitt und es geziemt sich, einmal Rückschau zu halten.

August Bebel ist vielleicht heute der populärste deutsche Volksmann. Ich sage das nicht vom Standpunkt des engen Parteifreundes. Auch in den Kreisen der bürgerlichen Demokratie, die mit dem wirthschaftlichen Endziel der Sozialdemokratie nichts gemein hat, hoffe ich mit dieser Behauptung nicht auf Widerspruch zu stoßen. Von Jahr zu Jahr ist er populärer geworden. In dem Maße, wie der Einfluß der bürgerlichen Opposition abgenommen hat, ist die Bedeutung Bebels und seiner Partei im Parlamente gestiegen. An der wachsenden Schätzung dieser Führer-Persönlichkeit kann man die Größe der von der Sozialdemokratie vollzogenen moralischen Eroberungen recht eigentlich ermessen.

Vor zehn Jahren war es noch ganz anders. Da wurde der Volksmann über den damals noch engeren Kreis der Parteifreunde hinaus in seiner Bedeutung vielfach verkannt. Damals hielt man die Sozialdemokratie überhaupt noch für eine in der Mehrzahl aus Bassermann'schen Gestalten bestehende Partei. Damals durfte ein geschmackloser Couplet-dichter noch unter dem Johlen des gut und schlecht gekleideten Theatermobs singen lassen: „Denn ob ich sage Bebel oder Pöbel, das ist nach meiner Meinung ganz egal." Das wäre heute nicht mehr möglich. Und das ist gut so.

Per aspera ad astra (Durch Kampf zum Sieg!). Bebel hat dieses Wort wie wenig andere am eigenen Leibe durchgemacht. Auf rauhen Wegen mußte er die Höhe erklimmen, auf der er heute fest und sicher steht. Er gehört heute zu den bedeutendsten Parlamentariern. Nur Neider und unehrliche Feinde können das bestreiten. Seine Redegewalt ist bezwingend, sein Verstand durchgreifend, die Lauterkeit seiner Gesinnung über jeden Zweifel erhaben. Bebel besitzt ein ungezügeltes Temperament, mit einer an Fanatismus grenzenden Leidenschaftlichkeit vertritt er die Grundsätze, die er einmal für richtig erkannt hat. Dabei hat er sich ein wahrhaft goldiges Kindergemüth zu erhalten gewußt, jeder Cynismus liegt seiner reinen Seele fern; Weltschmerz ist eine ihm fremde Regung, mit frohem Muthe und unbesiegbaren Optimismus blickt er in die Zukunft. Ein leichter Humor hat ihm stets über die Widrigkeiten dieses Lebens, die er in nicht geringem Maaße kennen zu lernen Gelegenheit hatte, hinweggeholfen. Er verfügt auch glücklicherweise über eine zähe Natur. Diese giebt ihm die Wucht und die Schärfe, mit denen er seine Gegner niederschmettert, aber auch die Ausdauer im Kampf; sie gab ihm die Möglichkeit, alle Unbill zu ertragen, alle ihm von den Machthabern zugefügten körperlichen und seelischen Qualen zu überstehen. Jahrzehnte lang hat Bebel mit materieller Noth zu kämpfen gehabt, beinahe fünf Jahre seines Lebens mußte er hinter Kerkermauern zubringen. Er war genöthigt, auf den schwächlichsten Grundlagen das hohe Maaß von Bildung und Wissen aufzubauen, das er heute mit Stolz sein eigen nennen kann. Ein Lebensbild Bebels zu geben, hieße eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung schreiben zu müssen. Das geht aber hier nicht an. Es seien deshalb hierher nur einige biographische Notizen gesetzt, welche Interesse verdienen.

August Bebel wurde am 22. Februar 1840 als Sohn des Unteroffiziers Bebel in den Kasemattrn zu Köln geboren. Er verlor seinen Vater sehr früh, auch sein Stiefvater starb nur wenige Jahre später. Er besuchte die Volksschule zu Brauweiler, später siedelte die Mutter nach Wetzlar über und der Bildungsgang nahm in der Wetzlarer Volksschule seinen Fortgang. In Wetzlar wurde auch die Lehrzeit absolvirt. Ein ehrsamer Drechslermeister war der Lehrherr. Mit 18 Jahren ging der junge Bebel auf die Wanderschaft. Drei Jahre lang durchwanderte er Süddeutschland und Oesterreich. Schon damals fing er an, sich mit der Politik zu beschäftigen. Schon damals waren seine Gedanken auf die Hebung des Looses der Arbeiter gerichtet. Bei der Zerstörung allen politischen Lebens zu jener Zeit in Deuschland und Oesterreich und bei der Unmöglichkeit, unabhängige Arbeitervereine zu gründen, trat er als Mitglied den katholischen Gesellenveinen in Freiburg in Baden, Regensburg und Salzburg bei. 1860 kam Bebel nach Leipzig. Das wiedererwachte politische Leben, das die Gründung des Nationalvereins zur Folge hatte, wirkte auch anregend auf die Arbeiter. Im Jahre 1861 finden wir ihn mit Fritsche, Vahlteich, Professor Roßmäßler u. a. unter den Begründern des Leipziger Arbeiterbildungsvereins. Schon ein Jahr später war Bebel Vorstandsmilglied des Vereins, 1864 wurde er Vereinsvorsitzender. 1862 gehörte er auch zeitweilig zu dem Leipziger Arbeiterkomitee, das die Aufgabe hatte, einen deutschen Arbeiterkongreß vorzubereiten und das sich später auch mit Lassalle in Verbindung setzte. Bebel war damals noch Anhänger von Schulze-Delitzsch und heftiger Gegner der Lassalle'schen Bewegung. Als solcher wurde er 1864 auf dem deutschen Arbeitervereinstag neben dem verstorbenen Friedrich Albert Lange, Leopold Sonnemann und Max Hirsch in den ständigen Ausschuß der Arbeitervereine gewählt, eine Stellung, die er bis zum Jahre 1867 bekleidete. Infolge der Annahme einer neuen Organisation kam es in diesem Jahre bei der Wahl eines Vorsitzenden zu einem Wettbewerb zwischen Bebel und Max Hirsch, aus welchem Bebel als Sieger hervorging.

In diese Zeit fällt Bebels Entwickelung zum Sozialismus. Ein Jahr darauf hatte er den Uebergang bereits vollzogen und brachte auf dem Arbeitervereinstag in Nürnberg nach heftigem dreitägigen Kampfe ein sozialistisches Progromm zur Annahme. Sonnemann und Hirsch traten damals aus dem Verein aus, persönliche Duzfreundschaft verbindet die drei ehemaligen Vereinsgenossen aber noch bis auf den heutigen Tag.

In den Sommer des Jahres 1866 fällt die Gründung der sächsischen Volkspartei. Bebel, Liebknecht, der infolge seiner Ausweisung aus Berlin nach Leipzig übergesiedelt war, Julius Motteler und Vahlteich waren die Parteigründer. Die Partei hatte wohl ein sozialistisches Programm, mit der Sozialdemokratie hatte sie aber nichts zu thun, diese verkörperte sich vielmehr in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Erst 1869 besuchte Bebel zum ersten Male die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Barmen-Elberfeld. Einige Monate später kam es zu der bekannten Spaltung. Die Leiter der Ausgeschiedenen, — es waren darunter Wilhelm Bracke und August Geib und von heute noch lebenden Liebknecht, Klees, Greulich-Zürich, J. Motteler-London, G. Löwenstein-Nürnberg, Theodor Metzner-Berlin u. a. — beriefen einen Kongreß nach Eisenach, auf dem die sozialistisch-demokratische Arbeiterpartei gegründet wurde, die dann im Jahre 1875 in Gotha in die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands aufging.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes veranlaßte im Februar 1867 die Wahlen zum konstituirenden Reichstag. In dieses Jahr fällt der Beginn von Bebels parlamentarischer Thätigkeit. Der 17. sächsische Wahlkreis Glauchau und Meerane hatte ihn gewählt und er vertrat diesen Kreis bis 1877, wo er infolge einer Doppelwahl für Dresden Altstadt annahm. Unerhörte Wahlbeeinflussungen waren schuld an der Niederlage bei den ersten Reichstagswahlen unter dem Sozialistengesetz im Oktober 1881. Auch im vierten Berliner Wahlkreis, wo Bebel damals ebenfalls kandidirte, unterlag er mit ca. fünfzig Stimmen gegen Alb. Träger in der Stichwahl. Es stellte sich später heraus, daß diese Stimmen unrechtmäßiger Weise ausgezählt worden waren, als es aber in der Wahlprüfungskommission zur Entscheidung kommen sollte, waren die Wahlakten auf bisher unaufgeklärte Weise abhanden gekommen. Erst im Sommer 1883 trat Bebel wieder in den Reichstag ein und zwar infolge einer in Hamburg nothwendig gewordenen Wahl. In Hamburg ist Bebel immer mit riesigen Majoritäten gewählt worden, eine Legislaturperiode hatte er später Straßburg i. E. vertreten. Mitglied des sächsischen Landtags und zwar für Leipzig Land war Bebel von 1881 bis 1890.

Die Verkündigung des Sozialistengesetzes im Oktober 1878 veranlaßte die Auflösung der Partei. Bebel übernahm in dem sich bildenden Komitee die Kassenführung, die er bis zum Fall des Sozialistengesetzes behielt. Unter seiner Aegide füllte sich der sozialdemokratische „Opferstock" immer mehr und mehr. Mit Stolz konnte der Kassirer 1890 auf dem Parteitage zu Halle erklären, daß trotz der enormen Kosten, welche die Wahlen im Februar 1890 gefordert hatten, die Partei unmittelbar nach den Wahlen reicher war, als je vor den Wahlen.

Bebel wurde früh zum Märtyrer. Gefängniß- und Festungshaft wurden ihm im Ganzen 57 Monate zuerkannt, darunter 2 Jahre Festung wegen vermeintlicher „Vorbereitung zum Hochverrath", neun Monate wegen Majestätsbeleidigung. Natürlich wurde ihm bei dieser Gelegenheit auch das Mandat aberkannt. Er erhielt es aber sofort zurück und zwar mit einer um 4000 Stimmen größeren Majorität, als bei der Hauptwahl. Auch sechs Monate Gefängniß wegen Bismarck-Beleidigung und neun Monate wegen staatsgefährlicher Verbindung sind unter den Strafen. Aus dem Drechslergesellen und Drechslermeister hat sich allmählich ein angesehener Schriftsteller entwickelt. Bebel's bekanntestes Buch ist „Die Frau", ein Werk, das von sehr ernsten und eindringlichen kulturhistorischen und naturwissenschaftlichen Studien Zeugniß ablegt und wahrhaft große Menschenliebe und reine Sittlichkeit athmet. Viel Anfeindungen hat das bekannte darin enthaltene Zukunftstaatkapitel erfahren. Der Autor würde heute gewiß nicht mehr jedes Wort darin unterschreiben wollen, politisch hat es gewiß wenig Werth, aber als Produkt einer prächtigen, ja geradezu dichterischen Phantasie verdient es noch heute allergrößte Beachtung. Zahlreiche Broschüren und sozialistische Schriften aus der Feder Bebel's geben von seinem schriftstellerischen Fleiß und seiner großen politischen Begabung Kunde.

Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist Bebel von Vexationen verschont geblieben. Er konnte sich neben der Partei auch seiner Familie widmen. Reines Familienglück hat sein Leben stets verschönt. Seine treue Lebensgefährtin, eine Frau von tiefem Gemüth und reicher Bildung des Geistes und Herzens, hat ihn alle Verfolgungen leichter tragen helfen. Sein einziges Kind lebt in der Schweiz in glücklichster Ehe mit einem angesehenen Arzt. Vielleicht macht sich Bebel einmal daran, seine Memoiren niederzuschreiben. Es käme sehr viel des Interessanten heraus. Er könnte gar viel über die schmachvollen Polizeikniffe erzählen, unter denen er während der Ausweisungszeit zu leiden hatte. Was hat man dem braven Volksmann nicht alles für Schlechtigkeiten zugetraut! Wurde doch einmal sein Name mit einem Attentat auf den russischen Zaren in Verbindung gebracht. Die Zeiten haben sich in den letzten zehn Jahren erheblich geändert. Der Emanzipationskampf der Arbeiter

---

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

42. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wie lange bist du hier gewesen?" fragte Müller seinen Wirth.

„Etwa vier Tage, Baas."

„Hast du meinen Brief nach Oom Crofts Haus gebracht?"

„Ja, Baas, ich habe ihn der Missie gegeben."

„Was that sie dann?"

„Sie las ihn und stand dann so da und hielt sich an dem Pfosten der Veranda fest;" dabei öffnete er den Mund und zwängte sein abschreckendes Gesicht in eine entsetzliche Nachahmung von Bessies kummervollem Antlitz, wobei er einen der Pfosten faßte, die die Hütte stützten, um die Vorstellung noch anschaulicher zu machen.

„So glaubte sie es also?"

„Gewiß."

„Und was that sie dann?"

„Sie hetzte den Hund auf mich. Sehen Sie hier! und hier! und hier! und hier! und er deutete auf die halbgeheilten Wunden, die Stomps scharfe Zähne zurückgelassen hatten.

Müller lachte. „Ich hätte zusehen mögen, wie er dir mitgespielt hat, du schwarzer Schelm; es zeigt, daß sie Temperament hat. Vermuthlich bist du ärgerlich und möchtest eine kleine Rache haben?"

„Gewiß."

„Nun, wer weiß? Vielleicht kann dazu Rath werden. Wir gehen morgen hin."

„So, Baas! Ich wußte dies schon, ehe Sie mir es sagten."

„Wir gehen hin und nehmen das Gut in Besitz und stellen Oom Silas vor ein Kriegsgericht, weil er die englische Flagge aufgezogen hat, und wenn er schuldig gesprochen wird, erschießen wir ihn, Hendrik!"

„So, Baas," sagte der Kaffer, vergnügt seine Hände reibend, „aber wird er denn auch schuldig gesprochen werden?"

„Ich weiß es nicht," murmelte der weiße Mann, seinen goldenen Bart streichelnd, „das wird davon abhängen, was Missie zu sagen hat, und von dem Urtheil des Gerichtes," fügte er hinzu.

„Von dem Urtheil des Gerichts, haha!" kicherte sein niederträchtiger Trabant. „Von dem Urtheil des Gerichtes, ja! ja! und der Baas wird Präsident sein, haha! Man braucht kein Zauberer zu sein, um dies Urtheil errathen zu können! Und wenn das Gericht ihn schuldig spricht, wer wird dann das Erschießen besorgen?"

„Daran habe ich noch nicht gedacht; dazu ist die Zeit noch nicht gekommen. Es liegt auch nichts daran, jeder kann den Urtheilsspruch vollziehen."

„Baas," sagte der Kaffer, „ich habe um wenig Lohn viel für Sie gethan. Ich habe häßliche Dinge verrichtet. Ich habe ‚Zeichen gedeutet' und Arzeneien gebraut und Eure Feinde ausgerochen. Wollen Sie mir eine Gunst bewilligen? Darf ich Oom Croft erschießen, wenn das Gericht ihn schuldig spricht? Es ist nicht viel verlangt, Baas! Ich bin ein kluger Zauberer und verdiene meinen Lohn."

„Warum willst du ihn durchaus erschießen?"

„Er hat mich einmal gepeitscht, weil ich ein Zauberdoktor bin, und hat mich am andern Tag fortgejagt. Außerdem ist es hübsch, einen weißen Mann zu erschießen. Lieber wäre es mir," fuhr er laut schmatzend fort, „wenn es Missie wäre, die den Hund auf mich gehetzt hat. Ich wollte —"

Ich nächsten Augenblick hatte Frank Müller den erstaunten Schurken beim Kragen gefaßt und trat und schüttelte ihn, als ob er nur eine Puppe wäre. Die rohe Rede über Bessie hatte alles, was an Menschlichkeit in ihm war, empört, und wie groß auch seine eigne Schlechtigkeit sein mochte, er war in das Mädchen zu toll verliebt, um ihren Namen von einem Menschen in den Mund nehmen zu lassen, den er, trotz aller Achtung vor seinen Zauberkünsten, niederer taxirte als einen Hund. Mit seinen aufs äußerste angespannten Nerven und in seinem angetrunkenen Zustand war Frank Müller ein Mensch, mit dem nicht besser zu spaßen war, als mit einem wüthenden Stier.

„Du schwarzes Vieh!" brüllte er, „wenn du es noch einmal wagst, ihren Namen in dieser Weise in den Mund zu nehmen, so schlage ich dich trotz all deinen Zauberkünsten todt," und er schleuderte ihn mit solcher Gewalt gegen die Wand, daß die ganze Hütte erbebte. Der Mann stürzte nieder, stöhnte einen Augenblick und kroch dann auf Händen und Füßen hinaus.

Müller saß zürnend da und beobachtete unter seinen zusammengezogenen Brauen hervor seinen Rückzug. Als er draußen war, stand er auf, befestigte die Thüre und brach dann plötzlich in Thränen aus — wahrscheinlich die Folge der vereinigten Wirkung des Trinkens, der gemüthlichen und körperlichen Ueberanstrengung und der nimmer ruhenden Leidenschaft (Liebe kann man dies doch kaum mehr nennen), die an seinem Herzen nagte wie ein Wurm, der nimmermehr stirbt.

„O Bessie, Bessie," stöhnte er, „ich habe dies alles für dich gethan. Du kannst mir doch sicher nicht zürnen, wenn ich sie alle für dich gemordet habe? O mein Liebling, mein Liebling! Wenn du nur wüßtest, wie ich dich liebe: Ach, mein Liebling, mein Liebling!" Und in einem verzweifelten Ausbruch der Leidenschaft warf er sich auf die Pritsche in einer Ecke des Zimmers und schluchzte sich selbst in Schlaf.

Frank Müllers Schandthaten machten ihn jedenfalls nicht glücklicher, denn um sich seiner Schurkereien zu freuen

hat eine immer größere Bedeutung erlangt und in demselben Maße ist das Ansehen der Führer gewachsen. Am Donnerstag feiern Millionen deutscher Arbeiter den Ehrentag ihres Führers, und auch zahlreiche Andersdenkende werden seiner in Achtung und Anerkennung gedenken. Möge das nächste Dezennium ihn weiter gesund und frisch auf dem Posten sehen!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Böttcher sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beschlossen, in allen Brauereien einen Minimallohn von 31 Mk. und die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit zu fordern. — Der Stand des Kürschnerstreiks in und um Leipzig ist folgender: Es sind 616 Kürschner in den Ausstand getreten, die sich auf die einzelnen Orte folgendermaßen vertheilen: Lindenau 131, Markranstädt 260, Rötha 115 und Schkeuditz 110. „Arbeitswillige" haben sich insgesammt 53 gefunden, während 86 Gehilfen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Forderungen sind bisher von 8 Firmen bereits bewilligt. In Markranstädt sind durch den Ausstand 60 Hülfsarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die Situation wird im Allgemeinen als günstig bezeichnet. — Die Böttcher der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft zu Riesa verlangten eine Lohnzulage, die rundweg abgelehnt wurde. Daraufhin legten sämmtliche dort arbeitenden Böttcher (10 Mann) die Arbeit nieder. — Die Tischler in Mainz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Montag wurden den Unternehmern die Forderungen unterbreitet. Sie bestehen in der neunstündigen Arbeitszeit mit einer Lohnerhöhung von 15 pZt. auf den jetzigen Lohn, Einführung eines Minimallohnes von 21 Mk., für Maschinenarbeiter eines solchen von 24 Mk., endlich in der Abschaffung der Akkordarbeit und der Kautionen. Auch die christlichen Holzarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. — 40 Arbeiter der Schuhfabrik E. Legris in Metz haben am Sonnabend wegen Lohnreduktion die Kündigung eingereicht. Zuzug von Schuhmachern ist zu vermeiden. — Die Schlosser haben in Rosenheim in fünf Werkstätten sämmtlich die Arbeit niedergelegt. — Der größte Theil der streikenden Zinkhüttenleute in Lipine (Oberschl.) ist am Montag früh zur Arbeit zurückgekehrt; im Ausstand verharren noch ca. 100 Arbeiter die Zinkhüttenleute in Chrojaczowi sind im Ausstand verblieben. Ein neuer Streik droht in Schwientochlowitz unter der Belegschaft der gräflich Henckel-Donnersmarck'schen Kohlengrube „Deutschland" auszubrechen. Die Arbeiter dieser Grube haben an ihre Verwaltung die Forderungen gestellt, die Lohn- und Gedingesätze um 25 pZt. zu erhöhen und die Achtstundenschicht einzuführen.

Die Tischler Berlins sind Montag in den Ausstand getreten. Sie legten den Unternehmern folgende Forderungen vor: 24 Mark wöchentliche Abschlagszahlung für schwache Arbeiter und Erhöhung der Akkordpreise, wenn dieser Lohn nicht verdient werden kann. Gleichmäßige Festsetzung der Akkordpreise für die gleichen Artikel in allen Werkstellen. Die Maschinenarbeit ist vom Unternehmer zu liefern. Wo noch sonstige Uebelstände, wie Holztragen und dergl., bestehen, sind dieselben abzuschaffen. In mehreren gut besuchten Tischlerversammlungen, die am Sonntag stattfanden, wurde beschlossen, daß in allen den Werkstellen, wo diese Forderungen nicht bewilligt würden, die Arbeit niedergelegt werden sollte. Die Folge dieses Beschlusses war, daß Montag bereits 6000 Tischler in den Streik eintraten. Zuzug von Tischlern nach Berlin ist selbstverständlich fernzuhalten.

Zur Bergarbeiterbewegung in Mitteldeutschland. Der Bergarbeiterausstand in Sachsen ist unverändert. Er erfährt lediglich eine Verschärfung durch ein unerhörtes Eingreifen der Behörde. So hat die Amtshauptmannschaft Glauchau allen Gemeinden eine Verfügung folgenden Inhalts zugehen lassen: „Alle ausländischen am Ausstand betheiligten Bergarbeiter müssen wenigstens binnen 24 Stunden die Arbeit wieder aufnehmen, im anderen Falle die Ausweisung unverzüglich erfolgen werde. Die Wiederaufnahme der Arbeit haben sich die Betreffenden von den Werken bescheinigen zu lassen und die Bescheinigung bei der Behörde niederzulegen." Diese unerhörte Maßregel, durch die die Behörde den Bergarbeitern zu Gunsten der Unternehmer in den Rücken fällt, betrifft gegen 1000 Personen. 1000 Bergarbeiter haben zu gewärtigen, von Haus und Hof, von Familie und aus Freundeskreisen gejagt, existenzlos gemacht zu werden, wenn sie nicht sofort vor dem Unternehmer zu Kreuze kriechen. Das verfügt eine sächsische Behörde! Ist diese Maßregel, die tiefste Erbitterung erzeugen muß, etwa auf das Eingreifen des Ministers Herrn v. Metzsch zurückzuführen?!

Der Redakteur Hue von der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" in Bochum wurde am Montag nach neunstündiger Verhandlung wegen Beleidigung des Meininger Staatsministeriums von der Strafkammer in Koburg mit Hilfe des ambulanten Gerichtsstandes zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er behauptet hatte, Geheimrath Ziller habe vor der Verstaatlichung des Griffelbruchbetriebes in Steinach später nicht gehaltene Versprechungen gemacht und die Lage der Arbeiter jetzt eher verschlechtert als verbessert.

Der Parteitag der polnischen Sozialdemokraten in Preußen wird am 15. und 16. April in Berlin abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Parteileitung und Kassenbericht. 2. Berichte der Delegirten und Stellungnahme zur allgemeinen Agitation. 3. Die Parteizeitung und andere Druckschriften. 4. Reichstags-Kandidaturen. 5. Der internationale Kongreß. 6. Wahl der Parteileitung.

Der kommunistische Arbeiterbildungs-Verein in London feierte, wie nachträglich berichtet wird, Sonnabend, 3. Februar, seinen 60. Geburtstag. Der Verein ist wohl der älteste der bestehenden sozialistischen Arbeitervereine. Am 3. Februar 1840 war es, daß der Londoner deutsche Arbeiterbildungs-Verein in's Leben trat, der eine so bedeutsame Rolle in der Arbeiterbewegung spielen sollte. Schon seine ersten Statuten zeigen den internationalen Charakter des Vereins. Sie sind in vier Sprachen: deutsch, englisch, französisch und dänisch gedruckt. Die Feier hatte das reich geschmückte Lokal des Vereins dicht gefüllt. Julius Motteler, der nun auch die Sechszig überschritten hat, begrüßte in einer kernigen Ansprache, die auf die Grundsätze und das vielseitige Wirken des Vereins hinwies, die Gäste; der Genosse Höllgen trug einen gedankenreichen und stimmungsvoll gehaltenen Prolog vor. Namens der Sozialdemokratischen Föderation war deren Vorstandsmitglied, Genosse Barwick, erschienen und stattete in herzlichen Worten dem Verein seinen Glückwunsch und die Anerkennung für das Viele ab, das er in der Bewegung geleistet. Die Festrede hielt Ed. Bernstein, der Geschichte und Entwicklung des Vereins vorführte, die im kleinen Rahmen die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung widerspiegele.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Die Arbeiterfrau J. in einem Dorfe des ostpreußischen Kreises Niederung ist zehn Jahre verheirathet und hat jetzt 17 Kinder am Leben. Jährlich ist ein Pärchen geboren; nur ein Kind ist gestorben. Die lebenden 17 Kinder befinden sich wohl und munter. — Bei dem jüngsten Schneesturm fanden nach einer Meldung aus Labischin (Posen) zwei Brüder Fellmuth aus Schlochau und der Briefträger Post ihren Tod. — Eine schreckliche That mit eigenartigem Motive meldet man aus Tarnowitz: In Trockemberg (Schlesien) warf ein Bergarbeiter eine mit Zündschnur versehene Dynamitpatrone in die Eßschüssel, weil das Mittagessen noch nicht ganz fertig war. Es erfolgte eine heftige Explosion, wobei Frau und Kinder des Bergmannes furchtbar zugerichtet wurden. Der Thäter ist verhaftet. — In Gleiwitz wurde der Schlossermeister Vagt nebst seiner Mutter unter dem Verdachte verhaftet, daß er seine Frau und seine Kinder durch einen vergifteten Kuchen habe um das Leben bringen wollen. — In Brehna (Regbz. Merseburg) tödtete der Nachtwächter durch einen Revolverschuß, den er angeblich auf ihn belästigende Kinder als Schreckschuß abgefeuert, einen vorübergehenden Bahnarbeiter. — Der Kaplan Schön in Seifriedsberg (Bayern) wurde wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. — Brandstiftung wurde bei dem Brande eines zu dem berühmten Tiroler Schloß Ambras gehörigen Wirthschaftsgebäudes festgestellt, wobei auch zwei Kinder umkamen. Die der That dringend verdächtige Mutter der beiden Kinder wurde verhaftet und hat bereits ein umfassendes Geständniß abgelegt. — Eine Bora wüthete Dienstag Morgen bei Fiume mit großer Heftigkeit. Die Wellen im Meere wurden Meter hoch in die Luft geschleudert. — Dem „Figaro" zufolge beträgt nach dem Ausweis des Weltausstellungs-Katalogs, welcher 30 Bände umfassen wird, die Zahl der Aussteller in Paris 76 000. Davon entfallen auf Frankreich etwa 26 000 und auf das Ausland 50 000. Mit Einschluß der Theilnehmer an temporären Ausstellungen wird die Weltausstellung 100 000 Aussteller zählen, 37 000 mehr als die vom Jahre 1889. — Der Personenzug der Jekatarinenbahn stieß in der Nähe des Bahnhofs Rostow mit dem Manövrirzug der Wladikawkasbahn zusammen. Beide Lokomotiven und acht Waggons wurden zertrümmert. Sieben Passagiere blieben todt, vier wurden schwer verwundet.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Majestätsbeleidigung war dem Zimmermann Steinkowitz zur Last gelegt, der am 17. Februar vor der Strafkammer in Potsdam stand. Gleich nach Beginn der Verhandlung wurde gegen den Antrag des Vertheidigers Rechtsanwalt Heine aus Berlin die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Wie die Urtheilsverkündung ergab, handelte es sich um eine Bemerkung, die der Angeklagte in einer öffentlichen Zimmererversammlung in Nowawes gemacht hatte, und die der überwachende Beamte auf die Oeynhausener Rede bezogen hatte, während sie nach der Angabe des Angeklagten der Sozialpolitik der Regierung im allgemeinen gelten sollte. Wie der Vorsitzende verkündete, hatte sich das Gericht den Ausführungen des Vertheidigers nicht verschlossen, daß aus inneren Gründen den Angaben des Angeklagten Glauben zu schenken sei und hatte ihn freigesprochen.

Pensionirt wurden in der deutschen Armee vom 1. Januar bis 15. Februar ein General der Infanterie, 3 Generalleutnants, 1 Generalmajor, 3 Oberste, 2 Oberstleutnants, 1 Majore, 14 Hauptleute, 3 Oberleutnants, 7 Leutnants. In Summa 46 Offiziere. Kosten per Jahr ca. 223 000 Mk.! — Ohne Pension wurden ferner verabschiedet bezw. sind ausgeschieden: 1 preußischer Oberleutnant, 12 preußische und 1 bayerischer Leutnant, so daß der Gesammtverbrauch an Offizieren 60 beträgt. Von den Pensionirten treffen auf Preußen 1 General der Infanterie, 2 Generalleutnants, 1 Oberstleutnant, 7 Majore, 13 Hauptleute, 1 Oberleutnant, 6 Leutnants; auf Bayern 1 Generalleutnant, 1 Generalmajor, 3 Oberste, 1 Oberstleutnant, 4 Majore, 1 Hauptmann, 1 Leutnant; auf Sachsen 1 Major; auf Württemberg 1 Oberleutnant.

Die voreilige Konfiskation des Liederbuches „Freie Klänge" in Muskau ist wieder rückgängig gemacht worden. Ebenso förmlich, wie man dem Mann die Sachen genommen hat, hat man sie ihm wieder zurückgegeben. Was braucht's da auch erst Umstände!

Litterarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte" (Verlag: Berlin W., Gleditsch Str. 23) haben soeben ihr Februarheft erscheinen lassen. In demselben wird die Serie über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Kulturstaaten, die in früheren Heften bereits in Einzeldarstellungen den Sozialismus in Dänemark, England, Frankreich, Italien, Oesterreich, Polen, Queensland, Rußland, Spanien und Ungarn behandelt hatte, fortgesetzt durch eine Studie über den Sozialismus in Finland von Dr. Nüles Robert af Ursin. — Aus dem sonstigen Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedrich Ott: Feudales und bürgerliches Eigenthum. — George Sorel: Ueber die kapitalistische Concentration. — Dr. Ernst Gystrow: Die Sociologie des Genies. — Isegrim: Skizzen aus der sozialpolitischen Litteratur und Bewegung. V. Brentano über Cobden und Flottenpolitik. — Dr. Ignatz Zadek: Die Berliner Medicinische Gesellschaft und die weiblichen Aerzte. — Dr. Ludwig Mann: Sociale Betrachtungen im Anschluß an Zolas Fécondité. — Rundschau: Oeffentliches Leben. (Genossenschaftsbewegung). — Wissenschaft (Das Jenenser Preisausschreiben). — Revuen (Produktionsgenossenschaften in England). — Ueber die chinesische Sprache und Literatur.

---

muß ein Mann nicht nur kein Gewissen, er darf auch keine Leidenschaft haben. Nun wurde Frank Müller von einem sehr wirksamen Ersatz für das erstere, vom Aberglauben gequält, und sein Leben wurde buchstäblich überschattet von der letzteren, denn die Schönheit des Mädchens besaß die Macht, seine wildesten Stimmungen zu beherrschen und ihm Qualen aufzuerlegen, die sie selbst nicht im Stande war, auch nur zu ahnen.

Beim ersten Tagesgrauen kroch Hendrik demüthig in die Hütte und weckte seinen Gebieter, und eine halbe Stunde später waren sie über den Vaal und auf dem Weg nach Wakkerstroom.

Als es heller wurde, erwachten auch Frank Müllers Lebensgeister wieder, und als die rothe Sonne emporstieg und die Schatten verscheuchte, war es ihm zu Muthe, als ob auch die ganze Last von Schuld und Angst, die ihm das Herz bedrückt hatte, verschwunden wäre. Er sah nun ein, daß es ein bloßer Zufall war, daß die beiden Buren vom Blitz erschlagen worden — ein glücklicher Zufall, in der That; denn wäre dies nicht geschehen, so hätte er selbst sie umbringen müssen, wenn er die Vollmacht auf keine andere Weise hätte zurückerhalten können. Er hatte jenes Papier nun allerdings vergessen, aber er überlegte sich, daß auch nichts mehr darauf ankomme. Es war nicht wahrscheinlich, daß die Körper der beiden Männer und ihrer Pferde unter der einsamen Felsenbank dort gefunden wurden — jedenfalls nicht, ehe die Aasvögel sie rein abgepickt hatten — diese waren nun sicherlich schon an der Arbeit. Und sollten sie sogar gefunden werden, so war es doch wahrscheinlich, daß das Blatt Papier, wenn es nicht vom Sturm entführt worden, doch so verwaschen war, daß man es nicht mehr lesen konnte. Im allerschlimmsten Falle konnte ihm Hendrik leicht sein Alibi bezeugen. Hendrik war doch ein brauchbarer Mann. Und außerdem, wer würde glauben, daß es ein Mord gewesen? Zwei Männer hatten einen Engländer an den Fluß geleitet; auf irgend eine Weise waren sie mit ihm in Streit gerathen, er hatte auf sie geschossen; sie hatten ihn und seine Gefährtin erschossen, daraufhin waren die erschreckten Pferde in den Fluß gelaufen, hatten den Wagen umgeworfen und damit war die Sache erledigt. Er sah nun ein, wie gut sich alles für ihn gestaltet hatte. Er stand wirklich über jedem Verdacht.

Dann gedachte er der Früchte seiner ehrlichen Arbeit, das aufsteigende Blut durchglühte seine Wangen und seine Augen blitzten in Jugendfeuer. In zwei Tagen, in höchstens achtundvierzig Stunden mußte Bessie in seinen Armen liegen. Nun konnte er keinen Mißerfolg mehr haben; er war unumschränkter Gebieter in Mooifontein. Außerdem hatte ihm Hendrik schon lange vorher seine Zeichen gedeutet.*) Mooifontein sollte morgen nöthigenfalls gestürmt und Oom Silas Croft und Bessie gefangen genommen werden, und dann wußte er schon, wo er die Schrauben anzusetzen hatte. Was er in der vergangenen Nacht vom Erschießen gesprochen, war keine müßige Drohung gewesen. Sie sollte ihm nachgeben, oder der alte Mann mußte sterben, und dann würde er sie mit Gewalt nehmen. Irgend welche unangenehmen gesetzlichen Folgen konnten nun für ihn nicht mehr entstehen, da ja die englische Regierung im Begriff war, sich zu ergeben. Einen rebellischen Engländer erschossen zu haben, würde ihm vielmehr als ein Verdienst angerechnet werden.

Ja, jetzt ging alles vollends ganz glatt. Wie lange hatte er gebraucht, um sie zu gewinnen? — Drei Jahre. Er liebte sie schon drei Jahre lang. Wohl, nun sollte er seine Belohnung haben; und war dann sein Gemüth, soweit es seine Leidenschaft betraf, zur Ruhe gekommen, so würde er sich ganz jenen weit aussehenden ehrgeizigen Plänen zuwenden, die in etwas gipfelten, das einem Throne glich.

*) Es ist keine Seltenheit in Südafrika, daß auch die weißen Männer mehr oder weniger an die Zauberkraft der Eingeborenen glauben und im Falle der Noth, besonders wenn sie einen verlorenen Gegenstand wieder zu finden wünschen, nicht zögern, sich selbst an die Zauberdoktoren zu wenden, obgleich das Gesetz ein derartiges Vorgehen verbietet. Anm. d. Uebers.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Silas wird überzeugt.

Anfangs war Bessie durch den Schlag, der sie getroffen, ganz niedergeschmettert und vernichtet gewesen, aber im Laufe der Zeit lebte sie wieder ein wenig auf, denn sie besaß eine sanguinische Natur und viel Spannkraft. In manche Seele dringt der Kummer wie das Wasser in einen Schwamm und drückt sie zu Boden — fast bis ins Grab hinaus. An andern läuft er ab wie Wasser von Marmor. Bessie gehörte weder zu der einen noch zu der andern Klasse; sie war eher eine Mischung von beiden — ein gesundes Weib mit glücklichem Gemüth und voll Schönheit und Kraft, dazu geschaffen, im Sonnenschein zu blühen, und nicht dazu, im Schatten eines alten Kummers langsam hinzuwelken. Frauen ihrer Art sterben nicht an gebrochenem Herzen oder verdammen sich zu lebenslänglichem Cölibat als Opfer für den Schatten des Geschiedenen. Wenn der Erste ihnen unglücklicherweise entrissen wird, so vergießen sie, für gewöhnlich, viele Thränen und empfinden großen Schmerz, aber nach einer anständigen Zwischenpause wenden sie sich vernünftigerweise dem Zweiten zu.

Noch war es eine sehr blasse, ruhige Bessie, die nach dem Besuch des einäugigen Kaffern im Hause herumging. All ihre Reizbarkeit war von ihr gewichen; sie sprang ihrem Onkel nicht mehr an die Kehle, weil er John nach Pretoria geschickt hatte. Ja, als er sich am Abend des Tages, an dem die Trauerkunde gekommen war, in ihrer Gegenwart bittre Vorwürfe darüber machte, ihren Geliebten fortgeschickt zu haben, tröstete sie ihn sogar.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck